

Demokrat

Zentralorgan der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
 Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post
 monatlich . . . Kz 16.—
 vierteljährlich . . . 48.—
 halbjährig . . . 96.—
 ganzjährig . . . 192.—
 Abstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbindung der Retourkarten.
 Erscheint mit Ausnahme des Montags täglich.

Wohlfahrtsamt 57544
 Zulage werden laut Tarif billigt berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Dreifachschlag.

„Vergilbte Dokumente.“

Die tschechischen Staatsgründer schätzen den Wert „vergilbter Dokumente“ sehr verschieden ein. Sie messen sie mit zweierlei Maß, je nachdem, ob durch solche Dokumente von ihnen oder von anderen erhobene Rechtsansprüche begründet werden sollen. Bei der Festsetzung der Grenzen des tschechischen Staates mußten neben manchen konstruierten anderen Rechtsmitteln auch die „vergilbten Dokumente“ des böhmischen Staatsrechtes herhalten, um die Einverleibung deutscher Gebiete zu begründen und zu erwirken. Weit weniger Respekt zeigen die tschechischen Machthaber vor Dokumenten — mögen sie auch weniger „vergilbt“ sein, da sie die Grundlage feierlicher Versprechungen lebender Zeitgenossen bilden — wenn diese Dokumente ihren imperialistischen Tendenzen entgegenstehen. Da vollzieht sich mit einemmale das große Wunder der Wandlung ihrer Stellung über den Wert solcher Dokumente und über die Verpflichtungen, welche derartige Dokumente aufzuerlegen vermögen.

Ein solches Dokument, um das in letzter Zeit heftige Auseinandersetzungen geführt werden und das voraussichtlich in der politischen Geschichte des Staates noch eine große Rolle spielen wird, ist der sogenannte Pittsburcher Vertrag. Am 30. Mai 1918, also zurzeit des Krieges, als von der Auslandsvertretung des tschechischen Nationalrates mit dem gegenwärtigen Präsidenten Masaryk an der Spitze die Gründung des tschechoslowakischen Staates vorbereitet wurde, schloß dieser tschechische Nationalrat mit den Vorständen der slowakischen und tschechischen Organisationen in den Vereinigten Staaten von Amerika in Pittsburch in Amerika über das politische Programm — betreffend die Gründung eines aus den tschechischen Ländern und der Slowakei zu schaffenden Staates — einen Vertrag, der unter anderem auch die Unterschrift des Präsidenten Masaryk trägt. Dieser Vertrag sicherte der Slowakei für den Fall des Zustandekommens eines tschechoslowakischen Staates vollständige Autonomie im Rahmen des gemeinsamen Staates zu. Klar und unzweideutig heißt es darin: „Die Slowakei wird eine eigene Verwaltung, ein eigenes Parlament und eigene Gerichte erhalten. Die slowakische Sprache wird die amtliche Sprache in der Schule, bei den Behörden und im öffentlichen Leben überhaupt sein.“

Dieser Vertrag wurde bis heute nicht nur nicht erfüllt, er soll es, nach dem Willen der tschechischen Machthaber, auch in Zukunft nicht werden. Die Prager Herrschenden haben nach dem Umsturz im ganzen Staate die straffste Zentralisation durchgeführt — deren Art und Erscheinungsformen in der Slowakei selbst bei manchen tschechischen Politikern schwerste Bedenken wachgerufen haben — und die Slowaken wurden mit der Tatsache der Einverleibung der Slowakei in den tschechischen Staat als „befreit“ erklärt. Freilich haben die Slowaken, oder doch wenigstens ihre Mehrheit, von der Befreiung, die ihnen verheißend wurde, andere Vorstellungen, als sie sie in der Ueberstufung der Slowakei mit tschechischen Beamten und in der Zurücksetzung ihrer Sprache im Schulwesen und bei den Behörden täglich vor Augen sehen und sie fordern immer stürmischer die Erfüllung des Pittsburcher Vertrages, durch den ihnen, zurzeit als die tschechischen Staatsgründer die slowakische Hilfe suchten, die volle Selbstverwaltung versprochen wurde, welche mit der gegenwärtig betriebenen Kolonisierung des „befreiten“ Landes blutwenig zu tun hat. Die von Hlinka und Juriga geführte autonomistische Bewegung in der Slowakei schwillt zusehends an und ihr Wachstum konnte bisher weder durch die von Prag tausendemale ausgesprochene Beteuerung, daß doch die tschechische und slowakische Sprache ein und dieselbe Sprache seien, noch durch die Denunzierung der autonomistischen Bestrebungen als magyarophil und als von Ungarn bezahlt, verhindert werden. Unter den mancherlei Sorgen der tschechischen Machtklassen, die bei ihnen

Der deutsche Reparationsvorschlag.

Berlin, 28. Dezember. (Eigenbericht.) Die Reichsregierung soll sich heute über die Grundlinien der nach Paris zu richtenden Vorschläge schlüssig geworden sein. Für morgen ist eine abschließende Besprechung mit Vertretern der Wirtschaft beabsichtigt, auf der es sich vor allem endgültig ergeben muß, wie groß die Opferfreudigkeit der Industrie ist. Bei den nach Paris zu übermittelnden Vorschlägen handelt es sich um einen Plan, der eine endgültige Lösung vorsieht und in dem eine feste Summe, die nach

Ansicht der Reichsregierung der deutschen Leistungsfähigkeit angemessen ist, angegeben wird. Im Verlaufe der Kabinettsberatungen haben in neuer politischer Motive, die vom Reichswirtschaftsminister und vom Reichsaussenminister verfochten wurden, eine große Rolle gespielt. Der vorgesehene Plan an sich stellt deshalb ein Kompromiß zwischen der Auffassung der einzelnen Regierungsmitglieder dar. Eine einheitliche Auffassung über die Höhe der anzubietenden Summe konnte noch nicht zustande kommen.

Die Gewerkschaften bei Cuno.

Berlin, 28. Dezember. (Eigenbericht.) Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen wurden heute vom Reichskanzler empfangen, der erklärte, daß er bisher leider keine Zeit hatte, sie zu hören. Reichskanzler Cuno blieb auch heute auf alle Fragen, welche die Gewerkschaftsvertreter im Laufe der Beratung an ihn stellten, die positive Antwort schuldig. Die Mitteilungen, die Cuno den Vertretern machte, waren gewöhnliche Redensarten und besagten nichts Neues.

Belgiens Garantieforderungen.

Brüssel, 27. Dezember. (Agence Belge.) Im Hinblick auf die anfangs Jänner in Paris stattfindende Konferenz erklärte Minister des Aeußern Jaspar im Senate, es sei unmöglich, Deutschland ein einfaches Moratorium ohne Garantien zu gewähren. Die belgische Regierung wird dem nicht zustimmen. Hinsichtlich der Garantien möge der Senat dem Ministerpräsidenten und ihm Vertrauen entgegenbringen. „Wir messen dem den größten Wert bei, daß die in Paris zu treffenden Maßnahmen auf Grund eines Abkommens zwischen den alliierten Gläubigern geschlossen werden. Die Pariser Konferenz erscheint in einer günstigeren Atmosphäre. Ich hoffe, daß es gelingen wird, bei dieser zu einer Regelung zu gelangen, welche die interalliierte Entente und die Lage aller Gläubiger Deutschlands sicherstellt.“

Debatte über Amerikas Intervention.

Washington, 27. Dezember. (Havas) Im Senate bekämpfte Senator Lodge die Resolution Vorah, die bekanntlich vom Präsidenten Harding die Einberufung einer neuen Abrüstungskonferenz nach Washington verlangt. Lodge erklärte, daß es überflüssig sei, sich jetzt um eine Beschränkung der Rüstungen zu Lande zu bemühen, wenn man das Verhalten der übrigen Mächte in Erwägung zieht. Der Redner fordert, daß die Vereinigten Staaten zahlreiche Flugzeuge und leichte Kreuzer bauen. Senator Vorah erklärte, daß es zwischen den Mächten zu einem Kriege kommen werde, wenn die Vereinigten Staaten Europa wirtschaftlich nicht unterstützen werden. In diesem Kriege könnten die Vereinigten Staaten nicht untätig bleiben und sie würden sicher in den Streit verwickelt werden.

Die englischen Arbeitslosen.

London, 28. Dezember. (Tsch. P.-B.) Die Frage der Arbeitslosigkeit wird wahrscheinlich im folgenden Jahre als eine der dringlichsten Fragen angesehen werden. Die Leitung des Gewerkschaftskongresses hat vorgeschlagen, daß innerhalb 14 Tagen eine Zusammenkunft mit Bonar Law abgehalten werden solle, um die Behandlung dieser Frage zu erörtern. Die Führer der Arbeitslosen treffen Vorbereitungen für Kundgebungen in London und in den Provinzen, die am 7. Jänner 1923 stattfinden sollen, um eine Einberufung des Parlamentes zu erreichen.

böses Alpdrücken hervorruft, wird das slowakische Problem bald die unangenehmste sein.

Das in Prag am schmerzhaftesten Empfundene ist die Tatsache, daß die slowakische Autonomiebewegung in Amerika eine Auslandsvertretung hat, sonst wäre es ein leichtes, die Lösung der slowakischen Autonomiefrage den tschechischen und slowakischen Gendarmen in der Slowakei zu überlassen, die nach bewährtem ungarischen Muster aus früherer Zeit mit der Bewegung wohl bald fertig werden dürften. Diese Auslandsvertretung, die Slowakische Liga in Amerika, hat in den letzten Tagen dem Präsidenten der Republik, den Mitgliedern der Regierung und den Abgeordneten und Senatoren ein Memorandum zugesandt, in dem gesagt wird, daß die Zukunft, die Kraft und der Bestand der Tschechoslowakischen Republik von der lokalen und brüderlichen Verständigung zwischen Tschechen und Slowaken abhängt und in welchem die volle Erfüllung des von Masaryk unterschriebenen Pittsburcher Vertrages gefordert wird. Dem umfangreichen und eindringlichen Memorandum, das alle vor und nach dem Pittsburcher Vertrage in bezug auf die slowakische Frage abgeschlossenen Vereinbarungen enthält, suchte wohl die tschechische Regierung die Spitze abzubrechen, als sie den Präsidenten Masaryk bestimmte, den am 15. Dezember dieses Jahres bei ihm erschienenen Deputationen der slowakischen politischen Parteien eine die Forderung der Autonomie ablehnende Antwort zu erteilen. Der Präsident bezeichnete in dieser Antwort den Pittsburcher Vertrag als ein Abkommen, welches, wie sich „von selbst“ versteht, „für Amerika und die amerikanischen Verhältnisse gilt.“ Was soviel heißen soll, daß dieses „für Amerika geltende“ Abkommen heute nicht mehr gilt. Masaryk sprach also dem Vertrag die Bedeutungslosigkeit eines „vergilbten Dokumentes“ zu und in Prag scheint man von dieser scharfen Ablehnung der slowakischen Autonomieforderungen ein Abflauen der Autonomiebestrebungen erwartet zu haben. Die Rechtsungültig-

Um Deutschlands Einheit.

Der zähe Zielwille Poincares läßt die eine Absicht nicht aus dem Auge: vom deutschen Mutterlande so viele Teile als möglich loszulösen, damit der seiner Glieder beraubte Rumpf dauernd ohnmächtig bleibe und Frankreichs Vorherrschaft auf dem europäischen Festlande niemals mehr gefährde. Was der Friede von Versailles mehr geleitete — die Abtrennung der Kolonien, Elsaß-Lothringens, Oberschlesiens, des Pommerschen — soll der Streit um die Reparationen und die Unfähigkeit Deutschlands, diese vertragsgemäß zu leisten, nunmehr vollenden: das Saar, Rhein- und Ruhrgebiet sollen, wenigstens wirtschaftspolitisch, Provinzen des französischen Imperialisismus und, in nicht zu ferner Zeit, autonome Einheiten werden, die sich auch militärisch und in Währungsangelegenheiten völlig in Abhängigkeit von Frankreich befinden.

Der Weg, auf welchem Poincare dieses Ziel zu erreichen gedenkt, sollen die sogenannten „produktiven Pfänder“ sein, die Deutschland als Gegenleistung für ein ihm zu gewährendes Zahlungsmoratorium zu stellen hat. Die französische Regierung ist schon lange mit diesem Plane freudig gegangen und hat vor den resultatlos verlaufenen Londoner Besprechungen in einem großen, im Elisee abgehaltenen „Kriegsrat“ alle Einzelheiten des Planes genau festgelegt. In London ist sie aber, wie erwähnt, nicht durchgedrungen, nicht nur die Engländer, sondern auch die Belgier und Italiener wollten damals nicht mitgehen. In Deutschland schmeichelte man sich, der Gefahr entgehen zu sein, und das umso mehr, als Poincare in der Kammer erklärte, daß die französische Regierung keine militärische Okkupation des Ruhrgebietes beabsichtige. Der kurze Hoffnungsraum muß jetzt jäh zerfallen. Denn Sonntag vormittags hat Poincare die Minister der Finanzen, des Wiederaufbaues und der öffentlichen Arbeiten, deren Sachverständige, den Oberkommissar im Rheinland, einen Bergwerksdirektor u. a. um sich versammelt, um mit ihnen die „Fragen der Reparationen und Pfänder eingehend zu prüfen.“ Bei dieser Prüfung wurde ein genauer Plan aufgestellt „zur wirtschaftlichen Ausbeutung des linken Rheinufers im Zusammenhang mit der Errichtung einer Zollbarriere zwischen dem Rheinland und dem Ruhrgebiet einerseits und dem Deutschen Reich andererseits.“ Mit frommem Augenaufschlag wird diesem amtlichen Bericht beigegeben, daß es sich nur um die „Beschlagnahme produktiver Pfänder und nicht etwa um eine militärische Expedition mit dem Ziel territorialer Annektionen“ handle. Die Mitwirkung der Armee sei nur insoweit vorgesehen, als es zum Schutze der . . . Beamten unbedingt notwendig erscheine.“ Was es mit dieser letzteren Versicherung auf sich hat, geht daraus hervor, daß das Saargebiet bis zum heutigen Tag unter genau demselben Vorwand militärisch besetzt ist! Und noch tiefer läßt eine Erwägung des „Martin“ blicken, welche Währung unter den obwaltenden Umständen für das Rhein- und Ruhrgebiet am besten wäre. Es sollen also nicht nur die Bergwerke, Wälder und Zölle von Frankreich ausgebeutet, nein, die Länder selbst sollen, vielleicht nicht den Namen, sondern der Tat nach, angegliedert werden!

Dieser, vom Vernichtungswillen gegen Deutschland eingegebene, von künftigen Kriegseigenen trüchtige Gedanke wird dadurch besonders bedrohlich, daß Frankreich eine geschickte Waffe zu seiner Ausführung in die Hand bekommen hat. Damit „Sanktionen“ gegen Deutschland durchgeführt werden können, darf es einer „Verfehlung“ des besiegten Reiches und eben diese Verfehlung ist Dienstag von der Reparationskommission festgestellt worden. Um einer Lappalie willen nämlich wegen nichterfolgter Zolllieferungen im Wert von drei Millionen Goldmark! Die Kommission hat einstimmig konstatiert, daß Deutschland um diesen Betrag zu wenig Holz geliefert habe und hat diesen Tatbestand, gegen die englische Stimme, als „Verfehlung“ charakterisiert. Der Engländer Bradbury hat erst Konterdampf gegeben, als es zu spät war, denn Poincare darf nun in Uebereinstimmung mit Belgien und Italien erklären, daß sich Deutschland gegen den Paragraph 17 des Versailler Vertrages vergangen habe, und hat diesen Tatbestand, gegen die englische Stimme, als „Verfehlung“ charakterisiert. Der Engländer Bradbury hat erst Konterdampf gegeben, als es zu spät war, denn Poincare darf nun in Uebereinstimmung mit Belgien und Italien erklären, daß sich Deutschland gegen den Paragraph 17 des Versailler Vertrages vergangen habe, und hat diesen Tatbestand, gegen die englische Stimme, als „Verfehlung“ charakterisiert.

Die in London drohende moralische Isolierung Frankreichs ist nun weniger zu gewärtigen, desto mehr Ursache hat das deutsche Kapitale, in seinen Reparationsvorschlägen bis zur äußersten Grenze zu gehen und ernsthaft jede erträgliche Last auf sich zu nehmen. Mit Angriffen

auf den deutschen Reichstagsstag wird es nicht getan sein, die Zeit des Opferbringens für die wirtschaftlich Starke ist gekommen. Sonst kann es um Deutschlands Wirtschaftseinheit geschehen sein und die Gefahr bedroht den Kapitalismus genau so wie den einfachen Mann. Die bitteren Früchte des Klassenegoismus der Großindustriellen, die jeden billigen Ausgleich drei Jahre lang sabotiert haben, reifen heran, das deutsche Volk steht vor seinen vielleicht aller schwersten Tagen. Daß deren Eintritt auch Europa und die Welt mit ins Verderben riffe, steht außer Zweifel, doch bietet dieser Gedanke keine Hoffnung auf ein Einlenken Voincares. Der rasende französische Imperialismus will seinen Triumph haben, was nachher kommt, kümmert den entseelten Chauvinismus weniger als nichts.

Inland.

Die tschechische Sozialdemokratie und die nationale Frage. Das „Pravo Lidu“ beschäftigt sich in seinem Leitartikel mit dem Wesen des Nationalismus und hebt zunächst den Unterschied zwischen wahrer Liebe zur Nation, von der jeder Sozialist erfüllt sein könne und dem nationalen Chauvinismus hervor. Sodann wird wörtlich gesagt:

Die Sozialdemokraten können und dürfen nichts Gemeinsames mit dem Nationalismus haben. Ihre praktische Politik beugt sich niemals unter das Joch des nationalen Egoismus oder Chauvinismus. Wird es notwendig sein, so wird sie in dem nationalstisch fanatisierten Europa dieser gefährlichen Bewegung neuerlich einen Damm entgegenstellen, wie sie dies bereits vor einigen Jahren getan hat. Es ist dies ihre Pflicht im Interesse des Proletariats, das die größten Katastrophen und Unterdrückungen unter den politischen nationalstischen Regierungssystemen erlitten hat. Die Sozialdemokratie anerkennt die nationale Frage, sie wünscht eine Verständigung zwischen den einzelnen Nationen und dies entweder durch das Selbstbestimmungsrecht für nationale Einheiten oder durch die Form einer freiwilligen Föderation bei absoluter Gleichberechtigung und gleicher Teilnahme an den Attributen der Staatsouveränität in den Minoritätsstaaten. Dieser Standpunkt ist verständlich und sittlich begründet und entspricht gleichzeitig dem kosmopolitischen Standpunkt.

Hier wird also die Anerkennung des uneingeschränkten Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, das die Tschechen im Kriege selbst gefordert haben, und womit sie die Existenz des tschechoslowakischen Staates politisch und sittlich begründen, für die tschechoslowakischen Bedürfnisse dadurch gerechtfertigt, daß man das Selbstbestimmungsrecht wohl den Nationen, aber nicht ihren Bruchstücken anerkennet. Mit anderen Worten, das Selbstbestimmungsrecht in der Tschechoslowakei gebührt nur den Tschechen, nicht aber auch den Deutschen und Magyaren. So wie die Tschechen sich schon vor dem Kriege einen eigenen Sozialismus zurechtgelegt haben, eine sozialistische Theorie tschechoslowakischer Prägung, so schaffen sie sich nun ein für den tschechoslowakischen Hausgebrauch bestimmtes Selbstbestimmungsrecht. Aber abgesehen von dieser Theorie, mit der wir uns weiter nicht beschäftigen wollen, müssen wir feststellen, daß die tschechische Sozialdemokratie, die doch an fast allen Revolutionen teilgenommen hat, welche in der Tschechoslowakei bestanden haben, selbst für die Form einer freiwilligen Föderation bei absoluter Gleichberechtigung und gleicher Teilnahme an den Attributen der Staats-

souveränität“ sehr wenig getan hat, obwohl sich die tschechoslowakischen Sozialdemokraten um die Lösung der nationalen Frage doch einigermaßen hätten bemühen müssen. Sie haben für diese Lösung weder ein Programm noch haben sie seit dem Bestande der Republik den festen Willen gezeigt, im Interesse des tschechischen Proletariats und im Interesse des Sozialismus dieser Frage überhaupt auch nur näher zu treten. Noch so viele Leitartikel im „Pravo Lidu“ werden die tschechische Sozialdemokratie von der Schuld, ihre geschichtliche Aufgabe in dieser Hinsicht nicht erfüllt zu haben, nicht befreien.

Für die Umgestaltung des Senates tritt einer der führenden Männer der tschechischen Agrarpartei, der Senator und ehemalige Justizminister Professor Cyrill Horáček ein. Er knüpft hierbei an die letzte Tagung des Senates an, wobei dieser Körperschaft, wie schon früher, zur Erlebigung wichtiger Vorlagen nur wenige Tage Zeit gelassen wurde und der Senat kaum die Möglichkeit habe, irgend etwas an den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses zu ändern, sobald die Verhandlungen zu einer bloßen Formalität herabsinken. Das rührt daher, weil einige Parteien, wie die tschechischen sozialistischen Parteien, sowie die Merkanten der ganzen Institution des Senates skeptisch gegenüberstehen. Diese Parteien hatten gegen die Schaffung des Senates schon schwere Bedenken. Wenn aber einzelne tschechischen Parteien gegen die Schaffung des Senates waren, dann hätten sie bei ihrem Widerstand ausdauern und nicht eine Institution mit schaffen sollen, deren Zusammensetzung fast die gleiche ist, wie die des Abgeordnetenhauses. Zu diesem Zwecke schlägt Professor Horáček eine Reform des Senates vor, die in folgendem zu bestehen hätte: Die Hälfte der Mitglieder des Senates werden auf Vorschlag wirtschaftlicher und sozialer Verbände ernannt (so wie dies bei der Zusammensetzung des Wirtschaftsbeirates der Fall ist). Es wären dies die Handels- und Gewerbetreibenden, Banken und gewerkschaftliche Arbeiterorganisationen. Ebenso die Selbstverwaltungskörperschaften (Länder, Gauen, Großstädte) und gewisse kulturelle Institutionen (Akademien, Hochschulen). Diese Mitglieder wären auf eine bestimmte Zeit zu wählen. Die andere Hälfte der Mitglieder möge vom Präsidenten der Republik auf Lebenszeit ernannt werden. — Es bleibt abzuwarten, ob dieser Artikel des genannten führenden Senators ein Versehen ist, um die Zustimmung der Mehrheitsparteien für ein solches Projekt zu erkunden oder ob es sich um die private Meinungsäußerung des genannten Politikers handelt. Eine Festigung der Demokratie würde eine Kammer, deren eine Hälfte vom jeweiligen Präsidenten der Republik ernannt wird, kaum bedeuten. Gerade deswegen wird der Vorschlag Horáček bei den bürgerlichen Koalitionsparteien wohl auf Zustimmung stoßen.

Die Gehälter der Militärgagisten. Das amtliche Preßbüro meldet: Einige Blätter brachten Informationen über die Vorbereitung einer Novelle zum Gesetze über die Regelung der Bezüge der tschechoslowakischen Armeangehörigen, laut welcher mit der Novelle zwischen den Gehaltsverhältnissen der Militärgagisten und der zivilen Staatsbediensteten Konformität erzielt werden soll. Zu diesen Meldungen muß bemerkt werden: Die Novelle zum Gehaltsgesetz wird vom Bestreben geleitet, die Gehälter der Militärgagisten mit denen der zivilen Staatsbediensteten in Sachen der Durchrechnung der Dienstjahre in Einklang zu bringen. Damit ist aber die Konformität mit den zivilen Staatsangestellten in allen Bezügen, die diesen auf Grund der Regimentsentscheidungen zuerkannt wurden, nicht erreicht (z. B. Slowakei, Karpathenrußland).

Das Massengrab.

Die Methoden der tschechischen Mehrheitsparteien, jenes unmöglichen Konglomerates, das von den Vertretern der tschechischen Arbeiterschaft bis zur Partei des hohen tschechischen Finanzkapitals reicht, sind wohl hinreichend bekannt. Jede noch so gute und nützliche, in Form eines Antrages oder einer Resolution geleitete Anregung einer Oppositionspartei, insbesondere der deutschen Sozialdemokraten, die ihren Willen zu sachlicher Mitarbeit in dieser Weise unerschütterlich fundgegeben haben, wird rücksichtslos abgelehnt. In jedem anderen Parlament der Welt wird über jeden Antrag oder über jede Resolution, mag sie von welcher Seite immer eingebracht worden sein, zumindest beraten und der Wunsch der Opposition sehr oft berücksichtigt. Bei uns ist dies nicht der Fall — weil wir den „demokratischen“ Staat haben, und auf der „Insel der Glücklichen“ leben.

Es ginge zu weit, alle guten Anträge aufzählen zu wollen, die in diesem Parlament schon vom Rachen der Koalition verschlungen wurden und im Massengrab versanken. Wir wollen uns heute damit begnügen, aufzuzeigen, was die Mehrheitsparteien bei der Beratung des Staatsvoranschlags und Finanzgesetzes für das Jahr 1923 abgelehnt haben.

Beim Kapitel „Kanzlei des Präsidenten“ haben unsere Genossen verlangt, daß das Pauschale für öffentliche und wohltätige Zwecke nach freiem Ermessen des Präsidenten im Betrage von einer Million Kronen getrichen, daß die militärische Abteilung in der Kanzlei des Präsidenten der Republik aufgelassen und daß die von den Ministerien in der Burg innegehabten Amtsräumlichkeiten, die für Zwecke des Präsidenten der Republik geräumt werden sollen, weiter beibehalten werden. Unsere Abgeordneten waren hier von dem Leitmotiv befeuert, der Wohnungsnorm in Prag zu steuern, da die für die einzelnen Ministerien neu bereitgestellten Unterfunksträume bei Annahme des Antrages Wohnzwecken hätten zugeführt werden können.

Bei der Post „Oberster Gerichtshof“ stellten unsere Genossen den Antrag, die oberste Rechnungskontrollbehörde aufzufordern, den Rechnungsabluß für das Jahr 1920 endlich dem Hause vorzulegen. Bei der Post „Staatsbankrott“ beantragten unsere Genossen die Annahme einer Resolution, mit welcher die Regierung beauftragt wird, eine Vorlage einzubringen, durch welche das bei der Verstaatlichung der Aufzugs-Teplitzer Bahnen in Betracht kommenden Gemeindende der Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes im Haushalte ermöglicht wird. Dem Forderung der Pensionisten zu steuern, war Aufgabe der Anträge, in denen für die Erhöhung der Budgetpost „Pensions- und Versicherungsgebühren“ auf siebenhundert Millionen Kronen, für die Erhöhung der außerordentlichen und Notausgaben für die staatlichen Angestellten im Ruhestande, für die Durchrechnung der Dienstzeit und für die Parität der Ruhe- und Versorgungsgenüsse der staatlichen Ruhestandler eingetreten wurde; von der Regierung wurde ferner auch verlangt, daß sie bei Beratung aller die Pensionisten betreffenden Angelegenheiten und bei Beratung der Dienstpragmatik und Neuregelung der Aktivitätsbezüge der staatlichen Bediensteten die Vertreter aller Berufsorganisationen und Vereine...gen der Pensionisten höre.

Beim Kapitel „Ministerratspräsidium“ verlangte unsere Fraktion vor allem die Streichung des Dispositionsfondes, alias Reptilienfondes, sowie der Ausgaben für die amtlichen Zeitungen. Die Trennung der Kirche vom Staat sollte der

zum Kapitel „Außenministerium“ eingebrachte Antrag auf Aufhebung unserer Gefandtschaft beim Vatikan vorbereiten helfen. Zum Kapitel „Nationale Verteidigung“ wurde die Regierung in Anbetracht der in der Militärverwaltung herrschenden Mißstände aufgefordert, den Beschluß der ersten Nationalversammlung vom 19. März 1920, betreffend die Einsetzung eines Kontrollors aller wirtschaftlichen Unternehmen des Ministeriums für nationale Verteidigung sofort durchzuführen. Ferner forderten unsere Genossen einen genauen Bericht über die anfänglich unserer Mobilisierung erwachsenen Ausgaben und traten endlich für die Verabschiedung des Gesetzes, für die sofortige Einführung der erst zur das Jahr 1926 vorgesehenen vierzehnmönatigen Präsenzdienstpflicht und für die Verminderungen der Waffenübungen ein.

Vom Innenministerium wurde die Aufhebung des Prügelpatentes und die entsprechende Durchführung der Gemeinde- und Variamenswahlen, in allen jenen Gebieten, in denen bisher nicht stattgefunden haben, gefordert. Bei der Beratung des Schul- und Kulturbudgets traten wir für die Subventionierung deutscher Theater ein und forderten auch Rücksichtnahme auf die bedrängte Lage der Musikschulen. Für eine endgültige Regelung des Schulwesens wandten sich die Anträge, in denen verlangt wurde, daß das Schulwesen auf die Grundlage der Trennung von Kirche und Schule und der nationalen Autonomie gestellt wird; einen Fortschritt im Schulwesen hatten die Anträge zum Ziel, in denen die Unentgeltlichkeit der Lehr- und Lernmittel, für die Gliederung der Volksschüler nach der Begabung usw. verlangt wurde. Auch mit der Sperrung der deutschen Schulklassen befaßten sich Anregungen unserer Genossen, die verlangten, daß dem Parlamente innerhalb einer Frist von zwei Monaten das Material über die seit dem Bestande des Staates erfolgte Sperrung deutscher Schulen vorgelegt werde, daß die Klassenaufstellungen nur erfolgen, wenn sie tatsächlich notwendig sind. Schließlich wollten unsere Genossen die Lage der Lehrerschaft verbessern durch die Aufforderung an die Regierung, das Partitüsgesetz in seiner Gänge wieder herzustellen. Auch für die Verbesserung des Loses der Kindergärtnerinnen traten unsere Abgeordneten und Senatoren ein.

Das an den Eisenbahnen verübte Unrecht wieder gutzumachen, war die Aufgabe der Anträge, den nach dem staatlichen Umsturz gegen ihren Willen vom Dienste entbundenen Eisenbahnangestellten, die während ihrer Enthebung verbrachte Zeit in die aktive Dienstzeit und Pensionsbemessung einzurechnen, — jene Bediensteten, die mangels einer Prüfung über die Kenntnis der Dienstsprache noch nicht definitiv ernannt wurden, definitiv zu ernennen — den nach dem staatlichen Umsturz vom Dienst entbundenen Eisenbahnern 40 Prozent ihrer zurückgehaltenen Bezüge auszugahlen, die Post für den Zentralertragsmännerauschuss zu erhöhen und den Eisenbahnbediensteten jener Kategorie, welche Anspruch auf Dienstleiter bisher befaßen, diese auch weiterhin beizustellen.

Vom Landwirtschaftsministerium wurde verlangt, daß es den Ausbau des landwirtschaftlichen Fortbildungsschulwesens betreibe, daß es für Zwecke einer Steuerreform eine neue Bodenklasseneinteilung schaffe, daß es die lizitatorische Verpachtung von Gemeindegütern befristet und daß bei Durchführung der Bodenreform bald in den Besitz der Gemeinden überführt wird. Um den deutschen Parteien den ihnen auf Grund der Ergebnisse der Parlamentswahlen zustehenden Einfluß zu sichern, wurde die Regierung aufgefordert, die Durchführung der Wah-

Der freie Nachmittag.

Schon am Freitag abend werden Verabredungen getroffen. Quer über den „Lichtof“ hört man die Frauen ihre Zeiteinteilung für den nächsten Tag besprechen, eine Nachbarin läuft den langen dunklen Gang hinterher, um bei der anderen anzuklopfen: vergessen Sie nicht, Frau Langer, morgen um drei — Die Männer stellen ihr Programm auf — die Parteiliebe, das „Basteln“ im Haushalt, Schrebergarten, „Aufsträumen“, Briefschreiben, Baden, Haarschneiden, das alles wird auf den Samstag nachmittag verlegt. Der Sonntag ist dem Vergnügen und der Ruhe gewidmet, der freie Nachmittag aber gehört jenen Arbeiten für den eigenen Bedarf, die eigentlich die stößlichste Erholung sind. Am meisten bedeutet der Samstag-Nachmittag aber doch für die Frauen. Mittags fliegen reizende Kurier, Schulbuben und Mädchchen, von einem Haus zum anderen und verkünden feierlich: die Mutter läßt sagen, daß sie gleich nach dem Geschirrwaschen kommt — Gegen drei Uhr wird es in der Geschäftsstraße des Arbeiterviertels lebendig. Da rüden sie in Gruppen aus, die wackeren Hausfrauen, bewehrt mit gewaltigen Markttschen, jede den Beutel oder die Brieftasche fest in der Hand, in die sie von Zeit zu Zeit einen besorgten Blick wirft. Es ist ja viel Geld drin, wenn man's in Ziffern ausdrückt, aber — „I was' ich nie“ sagt eine junge hübsche Frau weinerlich, „ob nur mein Mann viel bracht hat oder wenig“, „Machen S' es so viel?“ berät sie eine ältere Gefährtin, „i schimpf mein Alten immer fest z'samm. Hat er noch was in der Tasche, so gibt ers her, hat er nich, so wird er fuchsig.“ Die Diskussion über dieses interessante Thema wird unterbrochen, weil man beim Fleischer angelangt ist. Jede der Frauen juckt wie auf Kommando ein Häferl. Es hat sich nämlich in der Gasse die Kunde verbreitet, daß man in diesem Laden das Schmalz um zweihundert Kronen billiger bekommt. Daher

wurde gestern die Parole: „Direktion Fleischer“ aufgegeben und heute stehen dreißig Frauen in Reih und Glied, mit dem Schmalzhäferl in der Hand vor dem Laden anereicht — Arbeitskolonnen auch sie. Ist der „Gelegenheitskauf“ geboren, so legt sich der Trupp wieder in Bewegung. Nehmt kommt das Stückchen Sonntags-Rindfleisch dran — das Schweinerne ist für Arbeiter-Hausfrauen in unerreichbare Ferne gerückt. Dochlich unterfragen die Blide das fette „Karee“ im Hintergrund, doch „eine Würde, eine Ehre, entfernte die Vertraulichkeit“. Jede verlangt „zum Sieden“ oder „auf ein Gulasch“ und wechselt die ersten „Jehner“. Dann werden die Zutaten geholt — Gemüse, Margarine, Gewürz, Kartoffel. Bei dem einen Grünwarenhändler kosten die Kartoffeln 1400, beim anderen 1100. Die Frauen werden unruhig. Man weiß ja jetzt nie, ob man einen Gelegenheitskauf getan hat oder nicht's Ohr gehaut worden ist. Die Nervosität steigt, wenn man zufällig Pats- und Schenkermittel zu kaufen hat. Ein Päckchen Reibband kostet ein paar Dunderter, in dem einen, ochtzig Kronen im anderen Laden. Reibtücher sind ins Unheimliche erhöht. Ganz blaß kommt die Eine aus dem Kaufmannsladen und berichtet mit ätternen Lippen: fünf Tola Reibstärke taufend Kronen. Die anderen trösten sie mit unwillkürlichen Argumenten. Da hat die eine 500 Kronen für ein Tola Zimt gezahlt, — sie zeigt das winzige Päckchen wie eine Siegesbeute — die zweite für ein Päckchen Semmelbrösel 1800 „Sa“ hingeben müssen und die dritte für einen Liter Essig 1400, für ein Kilo grobes Salz ebenso viel gegeben. Niemand weiß, ob die Preise unverschämte oder gerechtfertigt sind — es herrscht die absolute, richtungslose Anarchie. „Mein Alter hat sich auf Rohntüdel gespannt“, berichtet die lustige Frau, „aber daraus wird nich. Ein Knudel kommt auf hundert Kronen.“ Man rechnet nach — natürlich ist's übertrieben. Aber nicht so arg wie man glaubt. Also wird einstimmig der „ausgezogene Apfelstrudel zum Programm erhoben. Der Holz- und Kohleneinkauf weckt neuen Jam-

mer. Ja, wer sich auf Vorrat kaufen könnte! Aber wenn man die Kohle im „Zackel“ heimtragen muß, zahlt man graufam drauf. Ist unter Namern und Klagen der Lebensmittel- und Brennstoffeinkauf für die Woche erledigt, so wird unter noch lauterem Klagen Bilanz gemacht. Es ist ja alles bisher billiger geworden, aber Kleinkauf müssen sich die Frauen einstecken, daß sie eigentlich doch wieder ihr „Bubere“ überschritten haben. Die Angst davor, den Mann am Sonntag wieder um Geld bitten zu müssen, hält manche Frau davon ab, weitere Einkäufe zu machen. Aber manches muß sein und da gibt es keine Wahl. Es sind ja Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen, die da am Samstag nachmittags ihre Besorgungen machen — sie haben keinen wohlgefüllten Wäschevorrat in die Ehe mitgebracht wie die bürgerlichen Damen, haben keinen großen Kleiderbestand, aus dem sie immer wieder schöpfen können. Wenn man bei einem Hemd Rücken und Vorderleil erneut hat, wenn sich an den Ärmeln ein Fleck an den anderen reißt, um vom „Reißel“ und den „Manchetten“ genannten Streifen nicht zu sprechen und die Ärmel zu reifen beginnen, dann hilft alles nichts — dann muß ein neues Hemd her. Auch Strümpfe muß man sich besorgen. Nicht zartes Seidengespinnst, nicht Flor, nicht einmal Filz d'Gosse, sondern berbe, gestrickte Beinfutterale aus einer Wolle, die die Frucht einer widernatürlichen Liebe von Packpapier und Brennessel zu sein scheint. Trotzdem erschrickt man, wenn man den Preis hört. Eine Küchenschürze kostet ein kleines Vermögen, ein Paar Hausschuhe „les xens de la tete“ — die Augen aus dem Kopf, sagen die Franzosen. Der Einkauf einer Spule Zwirn muß wohl erwogen werden und die Frage ob „Perlmutter-Ausschuh“ oder Zwirnknoten billiger zu stehen kommen, ist Gegenstand einer längeren erregten Debatte. Zögernd und verlegen stehen die Frauen vor dem Ladentisch und oft genug kommt es vor, daß sie mit einer hastigen Entschuldigend die gewählte Ware aus der Hand werfen und davonlaufen. Die Verzweiflung hat sie übermannt, die Ver-

zweiflung darüber, für ein paar Wollfäden oder drei Duzend Knöpfe eine Handvoll Geld, schwer verdientes Geld hingeben zu müssen. Der Rückweg vom Samstag-„Shopping“ wird denn auch meistens in gedrückter Stimmung angetreten. Man wollte den Mann mit irgend einem Lederbissen überraschen — in Wirklichkeit übertraf man ihn damit, daß man am Montag wieder Geld braucht. Zu Hause aber bleibt zur sinnlichen Betrachtung keine Zeit. Da geht es ans Gründlichmachen. Wehe dem, der sich der Küche nähert! Er wird entweder als Sessel behandelt und auf den Tisch gestülpt, damit er „nicht herumsteht“, oder er wird mit Sand und S da aberieben. Dann kommt noch ein Wäsche-Nachtrag, eine Bluse, ein Sonntagshemd für den Mann, Kinderkleider und zuletzt werden die Kinder selbst ins warme Wasser getaucht und mischgeschwemmt. Sämtliche Wäsche überm Herd, so kommt gewöhnlich ein Mann heim und teilt schon beim Eintritt mit, „ich hab' einen „Mordshunger“ hat. Die Gattin, die es nicht gerne. Denn sie hat sich vorgenommen, heute „ein Bissel englisch“ zu kochen, d. h. sich auf eine Brennessel oder Kartoffel zu beschränken. Aber da der Mann angeregt von seinem Garten erzählt, Neugieriten austromt, Wisse mitbringt, müssen es doch mindestens Noderin mit Paradeisance sein, wenn nicht gar Krautfederln. Nach dem Essen kommt der Stoß Nidwäsche, die Strümpf-Regimenter herbei und wenn die Frauen beim Schein der winzigen Petroleumlampe bis spät in die Nacht über die Arbeit gebückt sitzen und aus den Nachbarküchen die Lampen der Gefährtinnen herüberblinzen, dann denkt so manche lächelnd: „warum heißt der Samstag der, freie Nachmittag?“ Aber die Damen, deren Wäsche sieben freie Nachmittage neben ebenso vielen freien Vormittagen umfließt, die vermögen mit aufricht fließendem sozialpolitischem Ernst die Frage, ob die Arbeiterchaft auch den freien Samstag-Nachmittag nicht doch, allzu sehr der Arbeit entwöhnt werde.

len in den Verwaltungsausschuss des Bodenanwesens zu betreiben.

Der Verbesserung des Arbeiterrechtes sollte der Antrag dienen, die Zahl der Gewerbe-gerichte zu vermehren. Bei den Vormundschafts-gerichten wurden eigene Jugendabteilungen gefordert, um der Verwahrloshung der Jugend in der Nachkriegszeit wirksamer als bisher entgegenzutreten zu können.

Da die Bergbauhauptmannschaften im staatlichen Montandienst nicht als eine gesetzlich vorgeschriebene, praktische aber überflüssige und lästige Instanz sind, forderten wir deren Beseitigung. Dafür sollte der Zweck der Bergwerksinspektion eingesehter Betrag erhöht werden. Um die Ausfuhr der Kohle, die gegenwärtig mit der des Auslandes nicht konkurrenzfähig ist, zu ermöglichen, verlangten wir die Erziehung der sogenannten Kohlenausfuhrprämie.

Für erhöhten Arbeiterschutz traten die Anträge auf Errichtung der Arbeiter- und Angestelltenkammern, die in Deutschösterreich bekanntlich längst gesetzlich festgelegt sind, auf Erhöhung des für Gewerbeinspektionen, zu denen über Vorschlag der Gewerkschaften auch Arbeiter zu berufen sind, eingesetzten Budgetpostens ein. Der Arbeitslosigkeit steuern sollten die Anträge, in denen für die Koststandsbauteilung und für eine Erhöhung des Betrages für direkte Arbeitslosenfürsorge von 75 Millionen auf 150 Millionen Kronen eingetreten wurde. Die Vau-bewegung sollte dadurch belebt werden, daß an Stelle der Staatsgarantie ein Staatskredit irtete. Für die Konsumgenossenschaften forderten wir eine Erhöhung des für sie eingesetzten Postens, da der Betrag von 2.500.000 Kronen in keinem Verhältnis steht zu den Aufwendungen für Genossenschaften usw. Auch eine erhöhte Subventionierung der bestehenden Fürsorgeeinrichtungen auf dem Gebiete des Kinder-, Säuglings- und Mutter-schutzes wurde gefordert. Um das parlamentarische Kontrollrecht zu wahren, stellten unsere Genossen den Antrag, der Nationalversammlung ein Verzeichnis aller Körperschaften vorzulegen, denen irgend eine Zuwendung gewährt wurde, sowie ein Verzeichnis jener Objekte, für welche Staatsgarantie erteilt wurde. Auch die Verlage des Rechnungsab-schlusses der staatlichen Bäder wurde gefordert.

Beim Kapitel „Gesundheitsministerium“, welches das Aschenbrödel des Budgets geworden ist, forderten unsere Genossen die Unterstüpfung der Erweiterung, Ausgestaltung und Erbauung von Krankenhäusern; sie verlangten ferner die Errichtung einer Lungenheilstalt für Kinder, die Erhöhung der Budgetpost für Disziplinärärzte, den Neubau einer Anstalt für Körperpflege und die Errichtung von Anstalten für geistig und körperlich beschädigte Kinder.

All diese guten und ohne weiteres durchführbaren Anträge und Resolutionen wurden von den Koalitionsparteien brutal niedergetrampelt. Zu ihrer Annahme wäre bloß einiger guter Wille vorhanden gewesen — und der fehlt eben den Herrschenden dieses Staates.

Vor einem Ultimatum in Lausanne.

Lausanne, 28. Dezember. (Sobas.) Trotzdem seit Beginn der Konferenz in Lausanne fast sechs Wochen verstrichen sind, kann man bisher keine festen konkreten Ergebnisse erkennen. Der größere Teil der Fragen wurde gründlich geprüft und eingehend durchstudiert. Ueber einige Fragen, wie z. B. über die Frage der Meerengen und über finanzielle Fragen, kann man sagen, daß ein Einvernehmen möglich wäre. Was die finanziellen Fragen anbelangt, so wurde schon ein vollständiger Antrag ausgearbeitet, der sieben Artikel enthält. Trotzdem aber scheint es, daß die Konferenz an einem toten Punkte angelangt ist, besonders was das Minderheitenproblem, die Kapitulationen und das Moskauer Vilajet betrifft. Die Alliierten, die keine alarmierenden Gerüchte zu verbreiten wünschen, die in den Couloirs der Konferenzhalle laut wurden, trat engsternig abends zusammen, um die gesamte Situation zu prüfen. An dieser alliierten Sitzung beteiligten sich Curzon, Barere, Garroni und Child. Es wurde konstatiert, daß besonders die Arbeiten der zweiten Kommission, und zwar für Fragen des fremden Regimes und der Kapitulationen, stocken, und es wurde

deshalb die Einberufung einer Plenarsitzung der zweiten Kommission auf den 29. Dezember beschlossen, um einen definitiven Antrag über die schon in der Unterkommission verhandelten Fragen auszuarbeiten.

Während wurde in Konferenzkreisen bestätigt, daß die Alliierten die Aufstellung einer Uebersicht der bisher erzielten Ergebnisse, und dies nach der positiven und negativen Seite hin, beschlossen. Sie beschloffen ferner, daß in den Hauptkommissionen die definitive Redaktion der von den einzelnen Unterabteilungen vorbereiteten Arbeiten beendet werde. Diese Redaktion wird die Grundlage des Friedensvertragsentwurfes bilden. Der allgemeine Eindruck, der gestern in den Konferenzkreisen vorherrschte, war der, daß die Konferenz bei dem Punkte angelangt ist, wo für weitere Konzessionen und Verhandlungen kein Platz mehr ist, und daß der Augenblick sich nähert, wo man sie abschließen müsse. Nach einer Reitermeldung besteht ernstliche Gefahr, daß die Lausanner Konferenz scheitert, wenn die Türken weiter bei ihrer augenblicklichen Methode beharren.

gegeben hatten. Das Resultat war damals: Sozialisten: 72.885, Bürgerblock: 70.926. Der Gewinn der Bürgerlichen betrug zwar scheinbar rund 16.000 Stimmen, aber davon entfielen etwa 15.000 auf die Katholiken, die sich jetzt aktiv an der Wahl beteiligen haben. Im Wirklichen haben die Bürgerlichen also nur einen Zuwachs von etwa 1000 Stimmen erzielt. Der Verlust der Sozialisten beträgt im ganzen 6000 Stimmen und dürfte vor allem auf den Indifferentismus weiter Arbeitertreue zurückzuführen sein, die es nicht recht begreifen können, daß die sozialistischen Parteien selbst in höchster reaktionärer Gefahr vor allen sich selbst bekämpfen. Ganz klar tritt die Bedeutungslosigkeit der kommunistischen Bewegung hervor, und auch die Maximalkisten haben, obwohl sie über das bekannte Arbeiterblatt „Avanti“ verfügen, nur wenig Anklang gefunden. Bei weitem am besten hat die Turatipartei abgeschnitten, obwohl sie erst seit kurzem über ein eigenes Tagesorgan in Mailand verfügt, die „Giustizia“, und obwohl sie nach der Spaltung von Rom und nach dem Staatsstreich Mussolinis ihre ganze Organisation von neuem aufbauen mußte. Nach diesem Ergebnis geht man mit der Behauptung nicht fehl, daß allem Terror trotzt die Sozialdemokratie in Italien vor einem frischen, verheißungsvollen Aufstieg steht.

Telegramme.

Englands Flotte vor Konstantinopel.
London, 28. Dezember. (Reuter.) Infolge ungünstiger Nachrichten aus Lausanne wurde der Mittelmeerflotte, die schon von Konstantinopel zurückkehrte, der Befehl erteilt, dorthin zurückzukehren, woher sie ausgefahren ist. Die Marineminister geben darüber keine weiteren Berichte aus, verständigten davon aber alle Schiffe, die heute ausfahren.

Der Militarismus in Italien.

Rom, 28. Dezember. (Sobas.) Halbamtlich wird gemeldet, daß Mussolini und Generalissimo Diaz sich entschlossen, den Militärdienst auf achtzehn Monate zu verlängern. In einer amtlichen Mitteilung wird die Einberufung der Jahressklasse 1903 für den 15. März verordnet.

Neue österreichische Banknoten?

Wien, 28. Dezember. (Eigenbericht.) Das großdeutsche Blatt „Die deutschösterreichische Tageszeitung“ hat heute früh die Mitteilung gemacht, daß die österreichische Regierung Mitte nächst beschlossene, die alten Banknoten abzustempeln und neue Banknoten herauszugeben. Die Regierung hätte die Absicht, das Geld über die Ausgabe neuer Banknoten Mitte nächst im Nationalrat einzubringen. Diese Nachricht hat in Wien ungeheures Aufsehen erregt. Auf verschiedene Anfragen der Blätter erklärte die Regierung, daß diese Mitteilung nicht richtig sei. Bezüglich des Mißlingens der Londoner 80 Millionen Goldanleihe erklärt die Regierung, daß sie darüber derzeit keine Auskunft geben könne.

Räuber und Kommunisten.

Raschau, 28. Dezember. (Tsch. P. B.) Am 23. und 24. Dezember vollführte eine Menge maskierter und gut bewaffneter Räuber in der Umgebung von Raschau einige freche räuberische Überfälle. Die Gendarmerie und Polizei stellten Nachforschungen an und nahmen zehn Mitglieder dieser Räuberbande gefangen. Sämtliche wurden durch Auffindung der geraubten Gegenstände und der Raubausrüstung überführt. Außer den Räubern wurden elf Personen verhaftet, die ihre Helfer waren und sie mit Waffen versorgten. Die Raschauer Polizei nahm mit Zustimmung des Staatsanwaltes eine Reihe Hausdurchsuchungen vor u. a. in den Räumlichkeiten der kommunistischen Partei, da nach den einschlägigen Angaben der Verhafteten die Mitglieder der Bande sich dieser Räumlichkeiten als Versammlungsort bedienten. Die Lokale der kommunistischen Partei wurden amtlich versiegelt, da es unmöglich war, sie wegen ihres Umfanges bis jetzt ganz zu durchsuchen.

Selbstmord. Diese beiden trassen Fälle zeigen auf, welche ungenügende Beträge zum Schaden der gesamten Volkswirtschaft vom Finanzkapital verschoben werden, sie zeigen aber auch, welche riesige Gefahren für die einzelnen Personen bestehen, die sich an solchen Geschäften im Interesse des Unternehmens, dem sie dienen und vielfach auch im persönlichen Interesse beteiligen. Die unerfährliche Hier der Banken nach immer größeren Profitten kennt natürlich keine Rücksicht auf die Interessen der Volkswirtschaft und sie lassen sich in ihrer Spekulationswut durch beherrschliche Vorarbeiten keine Schranken setzen. Es ist nicht bekannt, ob Direktor Blum mit seinen Millioneneinbringungen in den Intentionen anderer gehandelt hat, oder ob er, der doch eine leitende Stelle inne hatte, dieses Spekulationsgeschäft auf eigene Faust bejagt hat. Jedenfalls wird aber durch die Wiederholung derartiger Fälle klar, daß die maß- und ziellose Profitgier, die in den Kreisen des Finanzkapitals Platz gegriffen hat, nunmehr auch Existenzen zu vernichten, Diener und Angestellte des Finanzkapitals in den fürchterlichsten Strudel hinabzureißen beginnt. Die Regierung müßte alles daran setzen, um der schrankenlosen Gier, die dem Volkvermögen nicht nur Millionenwerte entzieht, sondern auch Menschenleben vernichtet, mit energischer Hand einen Damm entgegenzusetzen. — Zu diesem Selbstmord meldet die Polizeikorrepondenz: Gestern um zehn Uhr vormittags hat sich in seiner Wohnung am Ringplatz der 39jährige Direktor der Eskomptebank Robert Blum durch einen Revolverbeschuss in den Kopf erschossen. Der Tod trat augenblicklich ein, denn das Projektil ging durch den Kopf hindurch, schlug dann in einen Bibliothekstisch und prallte von der Wand zurück. Der herbeigeholte Arzt ließ die Leiche in die Abteilung für Gerichtsmedizin bringen. Weßhalb Blum Selbstmord beging, ist nicht bekannt. Die Wohnung wurde bis zur gerichtlichen Entscheidung verriegelt.

Tages-Neuigkeiten.

Eintritt verboten!

... und deshalb wird in der nächsten Zeit vom Ministerium für nationale Verteidigung ein Erlaß herausgegeben werden, der den Abgeordneten den Zutritt in die Kasernen verbietet.

Also heißt es in einer Meldung des „Venetor“ und es ist nicht anzunehmen, daß das agrarische Blatt in der Aera Sobas eine Enne drücke. Der „Venetor“ schreibt bereits heute zu dem kommenden Erlaß eine ausführliche Begründung: die „demokratische“ Armee muß von den Einflüssen von außen isoliert werden, man muß sie der ungestörten inneren Entwicklung überlassen, das höchste Interesse und das Prestige des Staates stehen auf dem Spiel usw. Und um wenigstens mit etwas Konkretem dienen zu können, wird auch der zersetzenden Wirkung Moskaus Erwähnung getan. Kurzum, von nun an soll die schädige Zivilbevölkerung die Schwellen der Kasernen nicht mehr betreten dürfen und ihre freigewählten Vertreter sollen keine Möglichkeit mehr haben, sich von den Zuständen in der tschechoslowakischen Armee, von dem lustigen Leben der Soldaten zu überzeugen. Diese zu beschränkende Maßnahme ist ein neues und vielleicht das kräftigste Symptom dafür, daß sich die Regierung dieses Staates von dem Gedanken der Miliz, des Volksherees, das zu schaffen ihr die Verfassung aufträgt, bewußt immer weiter entfernt. Im Munde der Agrarier und namentlich in diesem Zusammenhang wirkt die Berufung auf die Demokratie wie blutiger Hohn. Man mag es, die Isolierung der Armee vom Volke, das Unterbinden jedes Einflusses von außen als eine demokratische Notwendigkeit hinzustellen während man doch gerade damit den Beweis liefert, daß man hierzulande den Militarismus immer mehr zum ausschließlichen Werkzeug der regierenden kapitalistisch-imperialistischen Klasse macht, die es einfach diktatorisch verbieten will, daß das Volk das Leben der Soldaten übermacht. Die Regierung läßt vor den Kasernen einfach die Rollbalken herunter und schreibt für jedermann die Warnung an die Tore „Eintritt verboten!“ — es sei denn, daß jene eintreten wollen, die das erforderliche „Böhmischen“ mitbringen. Auf diese Art wird sich natürlich die Armee wirklich „ungestört entwickeln“ können, man wird jetzt aus der „Isolierung“ Hauslichkeit nicht viel mehr erfahren, als was Wohlwollende darüber zu berichten wissen. Jetzt erst wird es auf den Kasernenhöfen und in den Mannschaftszimmern so zugehen, wie es in der demokratischen Armee eines durch und durch demokratischen Staates notwendig ist. — Doch halt! Noch ist das, was der „Venetor“ prophezeit, nicht Wirklichkeit geworden. Noch haben Presse und Parlament Zeit und Gelegenheit, diesen „Ausbau“ der Wehrmacht zu verhindern. Es wird sich zeigen, welche von den politischen Parteien es mit Freiheit und Demokratie wirklich ernst meinen.

Lobesopfer der Devisenspekulation.

Wie die Polizeikorrepondenz meldet, hat sich der Direktor der Eskomptebank und Kreditanstalt, Robert Blum, Vorstandsmitglied dieser Bank und Leiter ihrer Devisen- und Börsenabteilung, gestern in seiner Wohnung in Prag erschossen. Der Selbstmord Blums, der in Prag großes Aufsehen erregte, und viel kommentiert wurde, hängt vermutlich mit den vom Revisionssamt des Finanzministeriums bei den verschiedenen Bankinstituten gefolgten Untersuchungen zusammen, die den Devisenspekulationen der Banken und deren Manövern gaiten, den Kronentkurs hinabzubrüchen. Weil diese Devisenspekulationen den Absichten Masins schmerzhaftes zuwiderlaufen, ging das Ministerium scharf vor und brachte so viele Unkorrektheiten zutage. Im Gefolge dieser Untersuchungen gingen zahlreiche Befragungen und nunmehr bereits zwei Selbstmorde leitender Bankmänner einher. Denn Direktor Blum ist nicht das erste Todesopfer der Devisenspekulation. Wie erinnerlich verübte vor einer Woche der Profurist Georg Koller der Bank für Industrie und Handel ebenfalls wegen einer Devisenspekulation, bei der es sich angeblich um 70.000 Pfund handelte,

Auf telephonischen Wunsch der Paffen konfiszieren. Der tschechische Dichter Neruda hätte es sich wohl nicht träumen lassen, daß seine Werke, die sogar von der I. u. I. Zensur unbedenklich bleiben, von den Zensoren der tschechoslowakischen Republik mit dem Blaustift verurteilt werden würden. Die letzte Nummer der „Bohna m pslenska“ befaßte sich über die tschechische Zensur und teilte mit, daß sie auf telephonischen Wunsch in diesem Monate konfiszieren würde. Sie schreibt: „Die Konfiszierung, die im Heftleton der letzten Nummer durchgeführt wurde, war die siebente im heurigen Jahre und die zweite in diesem Monat. Es ist zu spüren, daß in der tschechoslowakischen Republik die alte Luft von Konopisch weht und daß das Telefon fleißig arbeitet — wie Maschar im Jahre 1900 im „Cas“ schrieb — jenes Telefon, mit dem sich im I. I. Oesterreich Watter und Bischöfe mit der Bezirksbauernschaft, der Staatsanwaltschaft oder dem Staatsanwalt verbinden ließen und so sprachen: „Herr ... ich mache Sie darauf aufmerksam, daß dieser Artikel konfiszieren werden muß.“ Heute in der tschechischen tschechischen Republik mag der Zensur am Donnerstag bei uns zu konfiszieren, was er am Sonntag im Jerusalem „Cas“ nicht konfiszieren. Von 33 unkonfiszieren Zeilen des „Cas“, die den 33. November behandelt, wurden bei uns 21 Zeilen konfiszieren. Weiters konfiszieren der tschechische Zensur im Dezember 1922 Worte Nerudas aus dem Jahre 1877 und 1878, Worte aus Heftletonen, die Pius IX. gewidmet wurden. Diese Heftletonen hat jede österreichische ararische Zensur von 15 Jahren durchgelassen, heute verfallen sie dem tschechischen Zensur. „Wir sind also glücklich so weit, daß der populärste tschechische Dichter keine Gnade mehr findet vor den Augen der Zensur des tschechischen Preßgesetzes.“

Kommunistenhaft. Das Kreisgericht in Teplitz hat eine ganze Anzahl kommunistischer Arbeiter aus Gainspach wegen ganz belangloser Verfälle gelegentlich der Mobilisierung zu sechs Wochen bis zu drei Monaten Kerker auf Grund des Terrorgesetzes und auf Grund anderer Paragraphen verurteilt. — Der kommunistische Sekretär Sedden aus Raschau, von dessen Verhaftung wir gestern berichteten, wurde nach Wien abgeschoben.

Die Verstaatlichung der Auffig-Teplitzer Eisenbahn. Nach der eben erschienenen Vollzugsvorschrift über die Verstaatlichung der A. Z. E. werden bis zur endgültigen Festsetzung des Einlösungsbeitrages der Gesellschaft Vor-schüsse gewährt werden, welche zur Amortisierung und Verzinsung der Prioritätsobligationen und des Aktienkapitals notwendig sind. Die Strecken der Auffig-Teplitzer Eisenbahn werden mit dem 1. Januar 1923 der Staatsbahndirektion Prag zugewiesen, welche die Verwaltung und den Betrieb unter der Bezeichnung: Staatsbahndirektion Prag, — Liquidierende Verwaltung der Auffig-Teplitzer Eisenbahn in Teplitz-Schönau, führen wird. Das gesamte Personal wird der Staatsbahndirektion in Prag unbeschadet der in der Dienstordnung enthaltenen Rechte und Pflichten der Bediensteten, untergeordnet werden.

Notiz für tschechoslowakische Staatsbürger. Wie die „Tribuna“ meldet, hat der Wiener Notiz für die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft erworben und zwar aus dem Grunde, weil er in der tschechoslowakischen Vermögen besitzt. — Versteht sich: die wahre Liebe zur tschechischen Republik ist es nicht, die den Herrn Baron ein neues Vaterland suchen läßt. Das sehen wir übrigens schon bei seinen Vorgängern, so bei dem Wiener Baron Hies, der sich nach dem Umsturz vor der drohenden österreichischen Vermögensabgabe durch die Flucht in das Ursprungsland seiner Ahnen — in die Polake — rettete, dann bei den edlen Holzmilliardären Körner, deren Herz aus ähnlichen Gründen urplötzlich für Deutsch-

Die Mailänder Gemeinderatwahlen.

Wie sehr das Regiment Mussolinis mit Pulver und Blei regiert, beweisen die jüngst abgehaltenen Wahlen in den Mailänder Gemeinderat. Sie stellen die Parteien insofern arg bloß, als sie ihnen, trotz eines allbürgerlichen Bündnisses, nicht viel mehr als die Hälfte der Stimmen eintrugen und als die verfolgte, bedrohte, innerlich zerrißene Arbeiterschaft im ganzen eine Verlustziffer von 6000 Stimmen aufweist. Wie gewaltig hätte das Proletariat gesiegt, wenn es sich nicht unter sich bis aufs Messer bekämpfen wollte und wenn dort eine Partei die die Stimmen gewonnen hätte, wo jetzt drei Gruppen, durch ihr Fraktionsgarn die Arbeiterschaft lähmend, eigene Kandidaten aufgestellt haben!

Der Mailänder Gemeinderat war in diesem Herbst von den Faschisten gepresst worden. Nachdem nun die neuen Machthaber Italiens sich fest genug im Sattel fühlten, da ihnen die bürgerlichen Parteien im Parlament genug Beweise würdeloser Unterwürfigkeit gegeben hatten, ließen sie in der vergangenen Woche Neuwahlen vorschmen. Das Ergebnis dieses Wahlkampfes war insofern von symptomatischer Bedeutung, als dies seit dem Staatsstreich das erste Mal war, daß italienische Wähler an die Urne gingen.

Die Bürgerlichen stellten eine Einheitsliste auf, auf der Faschisten, Katholiken, Liberale, Nationalisten usw. unter dem Motto „Nationaler Block“ brüderlich vereint, gemeinsam kandidierten, die Arbeiterschaft ging dagegen gespalten vor: Sozialisten, Turatistischer Centrum, Sozialmaximalisten, Cerrattischer Centrum und Kommunisten stellten getrennte Listen auf, was besonders bei den zwei letzten Gruppen auffallend war, da den Maximalisten und Kommunisten auf dem Moskauer Kongreß der Dritten Internationale die Verschmelzung befohlen worden ist. Das Wahlergebnis lautete:

Eingeschriebene Wähler	198.492
Abgegebene Stimmen	158.646
Nationaler Block	87.257
Sozialisten (Turati)	45.311
Maximalisten (Cerrati)	17.271
Kommunisten	3.291

Die Wahlbeteiligung betrug etwa 76 Prozent, was aber bedeutend höher in den vorwiegend bürgerlichen Vierteln als in den reinen Arbeitervierteln.

Bei den vorigen Gemeinderatwahlen im Jahre 1920 hatte die Wahlbeteiligung ebenfalls 76 Prozent betragen, obwohl damals die Popolari (Katholiken) die Parole der Stimmenenthaltung aus-

land zu pocken begann u. a. mit Ja, Ubi bene, ibi patria. Das Vaterland der Reichen scheint aber gegenwärtig das Vaterland der Mänsins zu sein. Ein böses Zeichen...

Die fremden Valuten der Czellenzochter. Das Wiener „Interessante Blatt“ veröffentlichte dieser Tage folgendes Inserat:

Adelige Generaldochter in den Dreißiger Jahren, sehr hässlich, moralisch, hochmütig, fünf Sprachen sprechend, friedliebend, infolge vieler Trauerjahre gänzlich zurückgezogen lebend, mit schönem Vermögen in fremden Valuten versehen sich stilles Ehepaar an der Seite eines streng katholischen Gatten von 38 Jahren aufwärts. Zuschriften unter „Hoch und schief“ an die Administration.

Woher wohl der Herr General das schöne Vermögen in fremden Valuten haben mag! War er etwa in den Jahren 1914 bis 1918 auch so überaus friedliebend, daß er nicht durch unangenehme Tätigkeit an der Front im Sammeln von Schätzen behindert wurde? Nun hat's das Fräulein Tochter leicht: sie wird ohne Zweifel mit Hilfe ihrer Fines oder Tischekronen in Wien einen liebenden Kavallerier finden, der nicht nur für das „Moralische“ und „streng Katholische“ seiner Braut, sondern auch für die Valuten Interesse hat.

Die Schulden der Stadt Prag. Die das „Nude Provo“ meldet, belaufen sich die Schulden der Stadt Prag auf 1.244.161.929 Kronen 59 Heller. Im Jahre 1923 wird die Gemeinde Prag auf diese Summe an Abzahlungen und Zinsen 89.872.170 Kronen leisten. Interessant ist eine Aufstellung der aus den Anleihen geleisteten Ausgaben. Es entfielen auf Gemeindegewerke 695.621.527 Kronen 18 Heller, auf Schulgewerke 44.080.348 Kronen 25 Heller, auf das Schlachthaus 5.191.947 Kronen 34 Heller, auf die Markthalle 3.274.349 Kronen 98 Heller, auf die Gaswerke 135.262.557 Kronen 11 Heller, auf die Elektrizitätswerke 325.501.496 Kronen 59 Heller, auf die Begräbnisanstalten 63.719 Kronen auf die Wasserwerke 153.123.033 Kronen 48 Heller, und auf die Aprobitionierung 1.249.746 Kronen 77 Heller. Der Zinsfuß der Anleihen bewegt sich zwischen vier und sieben einhalb Prozent. Der Stand der Schulden im Vorjahre betrug um 801.200.940 Kronen 52 Heller weniger. Nach der letzten Volkszählung hat Prag 676.000 Einwohner. Es entfallen also auf den einzelnen Bewohner 1870 Kronen für Schulden und 133 Kronen für Steuern und Amortisierung jährlich.

Der Bundeskanzler fühlt sich bedroht. Aus Wien wird uns gemeldet: Der Bundeskanzler von Oesterreich hat gestern in Graz zwei Versammlungen abgehalten. Bei seinem Eintreffen war der Bahnhof von einem großen Polizeikordon abgeperrt und der Bundeskanzler wurde von bewaffneter Polizei in die Stadt begleitet. Auch der Saal, in dem der Bundeskanzler sprach, war von Polizei stark bewacht. Der Bundeskanzler sprach vor 1000 Personen.

Furchtbare Zustände in einer Zwangs-erziehungsanstalt in Deutschland. Vor dem Münchener Landesgericht fand dieser Tage eine Verhandlung ihr Ende, die gegen den Direktor der Zwangs-erziehungsanstalt in Neuherberge bei München, Brandstätter, und gegen fünf Aufseher dieser Anstalt angestrengt worden war, weil sie durch Fahrlässigkeit den Tod eines Zöglings verursacht und sich Körperverletzungen an zwei weiteren Zöglingen schuldig gemacht hatten. Der Prozeß endete mit dem Freispruch der Angeklagten. In der Urteilsbegründung wurde hervorgehoben, daß der Tod des Zöglings die Folge eines organischen Leidens gewesen sei und daß Brandstätter für die Ernährung und ärztliche Überwachung der Zöglinge das Möglichste getan hätte. Im Anschluß an den Bericht über diesen Prozeß erhebt die „Frankfurter Zeitung“ schwere Angriffe gegen die Zwangs-erziehungsanstalt. Man hätte in dieser Anstalt vor allem zwei Erziehungsmittel angewendet: Die Prügelstrafe und schwere Arbeit. Die Prügelstrafe wurde durch Disziplinierung vollzogen. Die „Frankfurter Zeitung“ zieht daraus den Schluß, daß das Landesgericht in München diese Erziehungsmethoden als geeignet erklärt und besonders die Prügelstrafe bei dem in der Anstalt in Obhut gestandenen Menschenmaterial als unentbehrlich bezeichnet. Direktor Brandstätter ist Geistlicher und es hat demnach in der Zwangs-erziehungsanstalt an religiösen Unterweisungen sicher nicht gefehlt. Doch dies sei die einzige moralische und intellektuelle Schulung der Zöglinge gewesen. Jede weitere Erziehung der Zöglinge wurde vernachlässigt. Auch die ärztliche Kontrolle müsse in dieser Anstalt nach dem Urteil der „Frankfurter Zeitung“ schwere Mängel aufweisen, da man das organische Leiden des Zöglings nicht konstatierte und ihn nach denselben „versicherlichen“ Methoden behandelte wie die übrigen. Eine schwere Schuld an den Zuständen in dieser Anstalt treffe auch die Stadtverwaltung München, weil sie für die Zöglinge an die Anstalt nur je 12 Mark täglich gabte. Die „Frankfurter Zeitung“ schließt ihre Angriffe mit dem Satz: „Der Fall Neuherberge bleibt trotz des Freispruchs eine Verurteilung, eine Verurteilung wegen Mangel an Verantwortung und innere Anteilnahme für die Aufgabe der Zwangs-erziehung. Die Strafe dieses Urteils hat die Allgemeinheit zu tragen.“

Reformierung des Telegraph- und Telephonwesens in Schweden. Aus Stockholm wird gemeldet: Die schwedische Telegraphen- und Telephonverwaltung beabsichtigt, im Jahre 1923 verschiedene Neuerungen einzuführen. Vor allem soll die große Station für drahtlose Telegraphie am westlichen Meeresufer Schwedens zugebaut werden und daneben soll die erste vollständige

automatische Telephonzentrale für etwa 3000 Abonnenten in Stockholm eröffnet werden. Im gleichen Jahre soll auch die Frage der Ausföndung von Berichten auf weite Entfernungen gelöst werden. Die skandinavische Telegraphenloferenz, die diesen Monat in Kopenhagen stattfand, sprach sich dahin aus, daß die Ausföndungen von Meldungen in große Fernen in der Verwaltung des Staates verbleiben sollen. Die neuen Stationen zur Ausföndung von Berichten für Schiffe werden vor der Stockholmer Hafeneinfahrt errichtet werden, u. zw. auf den Inseln Sandham (östlich von Stockholm) und Landsort (südlich von Stockholm).

Das Elend in Rußland. Nach Meldungen der schwedischen Hilfs Expedition in Samara, die unter den schwierigsten Verhältnissen arbeitet, nimmt das Elend in Rußland immer mehr und mehr zu. Malaria und Typhus breiten sich immer mehr aus; es wird daher nötig sein, die Hilfsaktion zu erweitern. Die Expedition appelliert daher an die Milderkeit des schwedischen Publikums.

Das Unisizierungsministerium. Entgegen den Meldungen verschiedener Blätter, die von einer Auflösung des Unisizierungsministeriums schrieben, berichtet das deutschsprachige Regierungsblatt: „Nach unseren eingeholten Informationen entsprechen alle ähnlichen Meldungen nur insoweit der Wahrheit, als das Unisizierungsministerium, ebenso wie jede andere Behörde, stets darauf bedacht sein müsse, wie die Organisation verbessert werden könnte. In dieser Hinsicht hat der Unisizierungsminister Dr. Markovits in den Budgetausschüssen darauf hingewiesen, daß seiner Ansicht nach der Sache am besten gedient wäre, wenn ein oder zwei Fachleute an die Spitze der Unisizierungsinstitution gestellt würden. Diese Fachleute würden ständig an der Spitze der genannten Institution stehen. Mit andern Worten, der Unisizierungsminister hat es als zweckmäßig erachtet, daß die Unisizierungsinstitution in ein Amt mit einem Fachmann, einem Präsidenten an der Spitze, umgewandelt würde und nicht ein Ministerium verbliebe, dessen Leiter jeweils ein anderer Politiker ist. Alle Verhandlungen und Beratungen, die in dieser Angelegenheit gepflogen werden, gründen sich auf die Initiative, die Dr. Markovits diesbezüglich ergriffen hat. Für den 9. Jänner soll eine neuerliche Enquete in dieser Sache einberufen werden.“

Die Fleischpreise in Wien zu Weihnachten. In Wien herrschte in den Fleischhallen zu den Weihnachtstagen großer Andrang. Rindfleisch wurde ohne Zuwage um 20.000, mit Zuwage um 17.000 K verkauft. Kalbfleisch kostete 30.000, Schweinefleisch 35.000 K per Kilo. Fett war um 25.200, Schmalz um 38.000 K per Kilo zu haben. Fische (Karpfen) kosteten 30.000 K per Kilo Lebendgewicht. Weihnachtstäpfel verkaufte man bis zu 10.000 K das Kilo.

Grubenunglück in Příbram. Gestern früh stürzte auf dem Anna-Schachte bei Příbram einer der unteren Stollen zusammen. Glücklicherweise wurde in der Grube nicht gearbeitet, so daß keine Todesopfer zu beklagen sind. Es wurden aber dennoch die beiden Bergleute Basel und Erch durch das herabstürzende Gestein schwer verletzt. Das Grubenunglück war im ganzen Příbramer Kreise verpörrbar und erweckte bei der Bevölkerung den Glauben, daß es sich um ein Erdbeben handelt. Im ganzen Kreise herrscht unter der Bevölkerung daher große Aufregung.

Verbrennungstod eines Kindes. In der Nähe der Glasfabrik Wels in Neuwersdorf risk am Weihnachtabend die Lichtleitung der Siemens-Werke ab. Ein Mädchen, das mit ihrem Bruder von der Weihnachtsfeier aus der evangelischen Kirche in Klostergrab heimging, kam mit dem herabstürzenden Draht in Berührung und war augenblicklich tot. Wie unser Bräuderblatt, die Teplitzer „Freiheit“ meldet, sind die Lichtleitungen in den Drischastern des dortigen Gebietes nirgends gegen das Herabfallen der Drähte gesichert.

Ein Schuljunge — Raubmörder? Der zwölfjährige Karl Rade Fabel aus einem Dorfe bei Schlan wurde von seiner Mutter einlaufend geschickt, wozu ihm die Mutter 20 K mitgab. Der Knabe ist aber nicht mehr nach Hause zurückgekehrt. Er begegnete auf dem Wege den zwölfjährigen Johann Hyslav, der sich plötzlich auf Rade Fabel stürzte und dem Knaben ein Messer in die Brust steckte. Der schwerverwundete Knabe fiel zu Boden und starb bald darauf. Bei dem toten Knaben fand man die Zwanzig-Kronen-Note mehr vor. Nach dem jugendlichen Mörder wird eifrig geforscht, denn er ist nicht nach Hause zurückgekehrt.

Studenten wegen Raubereien verhaftet. Wie aus Mähr.-Schlesien gemeldet wird, haben daselbst vier aus Slavia gebürtige Studierende der Leipsnker Rechtschule die Aufmerksamkeit der Polizei durch maßlose Geldverschwendung und Ankauf teurer Waffen auf sich gezogen. Man glaube zuerst, daß sie Jagdgewehre für ihre reichen Väter kauften, als man aber erfuhr, daß sie auch andere Waffen erwarben, wurden Nachforschungen angestellt, die am 20. d. M. zu der Verhaftung der vier jungen Leute führten. Während drei von ihnen harrnädig leugneten, gestand der vierte, daß das Geld, das sie in Vergnügungsräumen und für Kleider und Getränke ausgegeben hatten, aus zahlreichen Raubereien in der dortigen Gegend stammen, nach deren Tätern die Gendarmerie bisher vergeblich geforscht hatte.

Ein betrügerischer Kassier. Der bei der Firma Weidol v. Wagner in Prag seit Jahren angestellte Kassier Alois Holley erstattete vor einigen Tagen die Anzeige, daß ihm aus der Handkasse in seiner Abwesenheit 10.000 K gestohlen wurden. Als man die Sache untersuchte, stellte es sich heraus, daß in der Kassa 63.563 K fehlen. Holley hat im Laufe des Jahres verschiedene Gelder an die Kassa nicht abgeführt, und suchte seine Veruntreuungen dadurch zu verschleiern, daß er stets so viel Geldbestätigungen aus der Kassa zurückbehielt, wie viel Geld er aus der Kassa herausnahm. Holley wurde verhaftet und dem Gericht eingeliefert.

Die Geldbeschaffung des Staates.

Die Staaten haben immer Geld gebraucht; in dem Wandel der Wirtschaftsordnungen kehrt die sprichwörtliche Armut und der sprichwörtliche Geldbedarf des Staates immer wieder und wenn auch selbst vorchristliche Wirtschaftspenoden den Staat als Unternehmer und als Monopolunternehmer*) gekannt haben, den Staat als selbständigen Besitzer von Kapital in Form des Geldes, zinsentragendes Geldes, mit dessen Zinsen der Staatshaushalt oder wenigstens ein ausschlaggebender Teil des Staatshaushaltes hatte bestritten werden können, hat noch keine Wirtschaftspenode gekannt.

Die Art der Geldbeschaffung hat naturgemäß im Laufe der Jahrhunderte gewechselt, je nach den Interessen der den Staat beherrschenden Klassen; eine ganze Reihe von Geldbeschaffungsmöglichkeiten, die besonders der feudalistisch-absolutistischen Zeit, des Mittelalters und der Neuzeit vor der großen französischen Revolution, gehören — hoffentlich — der Vergangenheit an: der Zudengroschen, die Wegegant — die noch verbliebenen Reste sind nur Erhaltungbeiträge — die Junstabgabe und andere; weitere Arten der Geldbeschaffungsquellen von anno dazumal sind heute wenigstens in der früheren halb-brutalen Form nicht mehr in Gebrauch; der Verkauf oder die Verpfändung von Ländern, die Münzverfälschung (Kipper und Wipper) die notorisch zu Raubzügen geführt hat, z. B. die Römerzüge der Hohenstaufen und der Verkauf von Untertanen an kriegsführende Staaten zur Zeit der amerikanischen Befreiungskriege. Dagegen gehört eine der wichtigsten Einnahmsquellen der deutschen Kaiser und der Könige von Böhmen nur scheinbar in das Reich der historischen Erinnerung, und das ist der Verkauf von Bergwerks- und Handelsprivilegien, eine Erscheinung, welche sich in dem Ausländer-Konzessionswesen in der Türkei und jüngst auch in Sowjetrußland erhalten hat.

Der moderne Staat kennt, um nur die wichtigsten zu nennen, folgende Einnahmsquellen, von denen jeder eine besondere Funktion im Staatshaushalt zugewiesen ist: Die Steuern, die Einkünfte aus Staats- und Monopolbetrieben und die Zölle. Die Steuern dienen der Bedeckung des ordentlichen Staatshaushaltes, d. h. der Bedeckung jener Staatsaufgaben, welche auf die Verwaltungs-zweige entfallen, aus denen Einnahmen nicht oder, wie z. B. beim Unterrichtsressort nicht in genügendem Maße zu erwarten sind. — (Jüngere Verwaltung, auswärtiger Dienst, soziale Fürsorge, Gerichtswesen usw., selbstredend auch das Militär.) Man untercheidet direkte und indirekte Steuern, Ertrags- und Wertsteuern (Beispiele einer Wertsteuer sind die Hauszinssteuer, die Grundsteuer, grundsätzlich auch die Vermögensabgabe), es können auch andere Gesichtspunkte für die Einteilung der Steuern angeführt werden, doch dürfte das Gefagte im Rahmen eines Aufsatzes, der die Steuer nicht zum Hauptthema hat, genügen. Die Staatsbetriebe (Post, Eisenbahnen usw.) sollen vor allem für ihren eigenen Gekarungsbedarf aufkommen, d. h. nicht raffisch sein; Betriebszuschüsse sollen aber nicht um des Selbstzweckes willen angestrebt, sondern zu Erweiterungen und Verbesserungen im eigenen Betriebe verwendet werden und es rächt sich bitter, wenn die Post- und die Bahnarbeit wie indirekte Steuern gehandhabt werden. Staatsmonopole werden nur als Staatseinnahmsquellen geschaffen, doch müssen sie trotzdem nicht immer volkswirtschaftlich schädlich sein. Beweis dafür die ausgezeichnet bewährte Tabaksteuer des alten Oesterreich, im Gegensatz zu der völlig verfallenden schokoladischen Tabaksteuer. Die Zölle sollten von vornherein überhaupt nicht vom Gesamtstaatspunkt der Staatseinnahme gewertet werden, sie sollen keine andere Funktion ausüben, als die Inlandsproduktion vor unvermeidlichen Produktionschwankungen auf dem Weltmarkt zu schützen; nur bei außergewöhnlichen Augenblicken sind Zölle, das sind Zölle rein fiskalischen Charakters, unschädlich. Schädlich dagegen sind Schutzzölle, Zölle, die jede Konkurrenz des Auslandes ausschließen.

Außerordentliche Ausgaben werden in der Regel durch Anleihen aufgebracht; es ist zwar nicht unmöglich, solche Ausgaben durch Steuern zu decken — so z. B. hat England einen großen Teil seines Kriegsbudgets durch Steuern gedeckt, — allein es ist nicht immer möglich, wie in dem angeführten Falle, die unmittelbaren Nutznießer, die Kriegslieferanten, zu fassen, und die Erfahrung, daß nicht jede Wirtschaftslage jede Steuerbelastung erträgt, eine Wahrheit, von der wir uns gerade jetzt überzeugen können, läßt eine Abwälzung eines außerordentlichen Bedarfes auf die Allgemeinheit nicht immer zu. Im übrigen hängt es sehr von dem Charakter der für den beanspruchten Geldbedarf zu schaffenden Werte ab, ob sie sofort bezahlt werden müssen, oder ob sie von künftigen Generationen, die ja die Nutznießer von beispielsweise heute zu erbaudenden Eisenbahnen oder Hafenanlagen sein werden, zu tragen sind.

Es gibt eine ganze Reihe von Wegen, die dem Geld suchenden Staate offen stehen: Er kann ein Kontokorrentdarlehen, ein Rentenanleihen, *) Kürzlich brachten die Zeitungen Nachrichten über die Ergebnisse der vorderasiatischen Ausgrabungen, welche bei einem uns noch wenig bekannten Kulturvolke, den Summernern, auf staatsmonopolistische Einrichtungen schließen lassen.

Staatsobligationen, Staatskassenscheine, ein Losanleihen aufnehmen, er kann ein auf bestimmte Werte sichergestelltes oder sichergestelltes Darlehen aufnehmen und er kann schließlich aus Noten drucken, beziehungsweise von der Notenbank drucken lassen, doch ist die letzterwähnte Geldbeschaffungsmöglichkeit eine schlecht verkleidete Münzverfälschung, eine Bankrottmaßregel, die, weil in ihren ruinösen Wirkungen leider nur zu gut bekannt, nicht weiter besprochen werden muß.

Die Aufnahme eines Kontokorrentdarlehens bei Banken ist ein Notandmittelsmittel und nur dann zu empfehlen, wenn andere Wege ungangbar sind; ein Kontokorrentdarlehen bei den Banken ist immer eine kurzfristige, daher teurere Anleihe und bringt den weiteren Nachteil mit sich, daß der Einfluß der Banken im Staate, der im heutigen kapitalistischen Staate nie ganz auszuschalten ist, größer wird, als wenn sich der Staat der Banken nur als Vermittler bedient.

Bei den eigentlichen Anleihen unterscheiden wir zunächst Auslandsanleihen und Inlandsanleihen. Beide Anleihearten haben ihre Vor- und ihre Nachteile. Der Vorteil einer Auslandsanleihe besteht vor allem darin, daß sie es ermöglicht, den inländischen Geldmarkt zu schonen, hauptsächlich aber sind es nur die Auslandsanleihen, die den ökonomisch zurückgebliebenen Ländern überhaupt eine Geldbeschaffungsmöglichkeit eröffnen; man denke nur an das Frankreich der Vorkriegszeit, welches der Geldgeber Rußlands und insbesondere der kleinen Staaten des Balkans und Südamerikas war. Allerdings, eine Auslandsanleihe kann auch sehr bedenkliche Wirkungen äußern; Auslandsanleihen — sie sind bekanntlich in der Regel in ausländischer Währung rückzahlbar — treffen einen valutastark gewordenen Staat ins Mark, vor allem aber ist es die politische Abhängigkeit, in die ein an das Auslandskapital verschuldeter Staat gerät, und die Rolle, die Frankreichs Finanzmacht beim Aufbaue der Entente gespielt hat, harret noch ihres Historikers. Eine Inlandsanleihe legt wohl dem Staate keine anderen Verpflichtungen auf, als die rein finanziellen, aber sie absorbiert einen großen Teil des im Inlande flüssigen Geldes, sie verursacht eine Geldknappheit, die in Form von nicht oder nur teuer erhältlichen Bankkrediten zum Ausdruck kommt.

Eine Staatsanleihe kann rückzahlbar oder nicht rückzahlbar sein; bei einer nicht rückzahlbaren Anleihe, Rente oder auch ewige Rente genannt, übernimmt der Staat lediglich eine Verpflichtung hinsichtlich der Verzinsung; eine Verpflichtung, den ausgeliehenen Betrag zurückzahlen, übernimmt der Staat nicht. (Typische Beispiele für Renten sind die verschiedenen vierprozentigen altösterreichischen Vorkriegsrenten, die Silberrente, die Goldrente.) Die rückzahlbaren Anleihen gliedern sich wiederum in solche, die an einem im vorhinein bestimmten Termine zur Gänze rückgezahlt werden, die Staatskassenscheine oder Staatskassenscheine, und in sogenannte amortisierbare Staatsobligationen, das sind Anleihen, die nach einem bestimmten Verlaufsplane (Amortisationsplane) ausgelöst und im Laufe der Jahre nach dem Verlaufsplan rüdzgezahlt werden. Bei rückzahlbaren Anleihen kann der Staat den Zeichnungsanreiz durch Gewährung weiterer Vorteile erhöhen, so z. B. durch eine Verlosungsprämie, durch die Entgegennahme von Steuern in Form der Staatslotterien usw. Die Sicherstellung von Staatsanleihen auf bestimmten Vermögensobjekten des Staates ist bei Inlandsanleihen (die österreichischen Zalmenscheine, die verschiedenen staatlichen Eisenbahnobligationen usw.) von problematischem Werte; auf diesem Gebiete hat die Sicherstellung erst nach dem Umstürze praktische Bedeutung erlangt, da als Schuldner für diese Anleihen jener Staat festgestellt wurde, auf dessen Gebiete sich das Sicherstellungsobjekt befindet. Bei Losanleihen unterscheiden wir wiederum zwei Typen: die langfristigen, niedrig verzinslichen oder unterzinslichen Lose und die unverzinslichen, kurzfristigen Lose, die sogenannte Klassenlotterie. Derartige Anleihen erfreuen sich keines besonderen Ansehens, weil sowohl der kleine Sparspar, als auch der Großkapitalist den realen Zinsgewinn der schwankenden Hoffnung auf Spielergewinn vorziehen. Uebrigens kann ein großer Geldbedarf durch Losanleihen nicht gedeckt werden.

Es ist naturgemäß unmöglich, ein Schema dafür zu geben, wann und wo eine Anleihe aufzunehmen und unter welchen Bedingungen sie aufzulösen ist. Maßgebend dafür ist immer die allgemeine wirtschaftliche Situation unter besonderer Berücksichtigung des Geldmarktes und der — Börse. Eine Anleihe wird bei flüssigem Gelde billiger unterzubringen sein, als bei Geldknappheit, sie hat bei voller Beschäftigung der Industrie und bei steigenden Börsenkursen schlechtere Aussichten, als im umgekehrten Falle, da das sogenannte Publikum, auch wenn es nicht notorisch zu den Börsenspekulanten zählt, es zum Teile vorzieht, beispielsweise durch den Ankauf von Bankaktien — die Werte gewisser Bankaktien als Anlagepapier war schon in alten Oesterreich eine häufige — nicht nur eine gute Verzinsung, sondern auch Kursgewinne zu erzielen. Der Zinsfuß der Anleihen muß unter allen Umständen höher sein, als der Anlagezinsfuß der Banken und Sparkassen, er darf aber eine gewisse, übliche Höhe (gegenwärtig etwa 6 Prozent) nicht überschreiten, denn der zu hohe Zinsfuß einer staatlichen Anleihe läßt besonders im Auslande die wirtschaftliche Situation des Staates in einem wenig günstigen Lichte erscheinen; in einem solchen Falle pflegt sich der Staat durch Gewährung anderweitiger Vorteile zu helfen, beispielsweise durch kurze Rückzah-

lungstermine, durch hohe Verlesungsprä- mien usw.

Wie wird eine Staatsanleihe zur Zeichnung aufgelegt? Sie kann direkt bei den staatlichen Behörden (Postamt, Steueramt usw.) erfolgen; dies ist wohl ein billiger, aber ein nicht unter allen Umständen Erfolg versprechender Weg, weil die staatlichen Behörden erfahrungsgemäß dort verjagen, wo eine Propagandatätigkeit unerlässlich ist. Es ist daher beinahe zur Regel geworden, Staatsanleihen bei den Banken zur Zeichnung aufzuliegen, obwohl dieser Weg einigermassen teurer ist. Ein völlig sicherer, aber äußerst kostspieliger Weg ist die Unterbringung der Anleihe durch ein sogenanntes, aus Banken bestehendes Konsortium, ein Verfahren, darin bestehend, daß das Konsortium die ganze Anleihe oder einen Teil auf eigenes Risiko kauft und selbst für die Unterbringung sorgt. Es kann aber auch der kombinierte Weg dadurch beschritten werden, daß die ganze Anleihe zur Zeichnung aufgelegt und nur der nicht gezeichnete Teil durch das Konsortium übernommen wird.

Zum Schluß sei nochmals wiederholt, daß mit dem Angeführten die Geldbeschaffungsmöglichkeiten durchaus nicht erschöpft sind; so wurde z. B. das österreichische Zahlenlotto, ein ganz erdärmliches Geldbeschaffungsmittel, nicht erwähnt, sei auch eine neues Mittel, die Beteiligung des Staates an der Industrie durch Gratisaktien nur andeutungsweise angeführt. Mag man den Wert der Gratisaktien als staatliche Geldquelle noch so skeptisch beurteilen — es ist ja richtig, daß der kapitalistische Staat mit einer derartigen Beteiligung nichts anzufangen vermag und es ist weiters richtig, daß er im Wege der Steuerschraube das gleiche erreichen kann, wie durch Gratisaktien — die Gratisaktien werden beim Übergange von der kapitalistischen zur sozialistischen Wirtschaftsordnung erst ihre Bedeutung erlangen.

Literatur.

Eine neue Mappe von George Grosz.

Eigentlich ist allenthalben wieder der Wille zu einer Kunst vorhanden, deren schönste Frucht die allen verständliche, schlichte, exakte Sachlichkeit ist. Ein neuer geistungsfähiger Naturalismus scheint aufzukommen, der die guten Worte des Expressionismus enthält: das Bekennnishafte, Uebergangsgestreute und das Herausarbeiten des Wesentlichen, aber überdies wieder handwerkliche Solidität, gediegene Leistung und das Schwerste: gehaltvolle, reelle Einfachheit fordert. Man gräbt im Theater wieder Naturalistisches von 1900 etwa aus, und die alten Stücke von Hirschfeld bis Gorki wirken gerade mit ihrer subtilen Zeichnung der Kleinzüge, und das Beste, was aus jüngster Dramatik zu haben ist, besteht in den Szenen, die einen Zustand lebhaftig und rund hinstellen. In der neueren Profabdichtung erstreckt ein Teil schon längst diese neue realistische Gewissenhaftigkeit: Phillipspe, Kersch, Sinclair, Franz Jung. In der Malerei geht am konsequentesten und mit dem meisten Können George Grosz diesen Weg. Seine Bilder und Zeichnungen hatten immer schon Zuverlässigkeit im Inhaltlichen und Formalen, waren in der Idee und im Material echt, wußten Bescheid um die Dinge und gaben dieses Wissen in prägnanter, klar und sinnfälliger pointierter Fassung an alle weiter. Und ebenso genau und beharrlich vertrot er mit seinem Schaffen seinen weltanschaulichen und politischen Standpunkt: gegen Deutschlands herrschende Klasse, für die Unterdrückten und Ausgernutzten. Den letzteren besonders ist eine Mappe „Im Schatten“ (Walt-Verlag, Berlin) gewidmet, und sie erringt, wenn man will, eine noch größere Gegenständlichkeit, Vereinfachung, Hingabe an die Realität des Sachdienstes. So überflüssig wie gute Bildhauer, so akkurat in jedem Detail wie die alten Griffelemeister sind diese neun Lithos, von einer unterschiedenen Schärfe und Wahrhaftigkeit. Für die Einheit und Geschlossenheit jedes Blattes bürgt da der beiläufigste Zug ebenso wie die Leidenschaft der Tendenz, die es so zusammenhält. Heutiges Deutschland, Berlin von Heute, ist durch und durch, um und um gesehen, und für das Urteil, das aus diesem scharfen und umfassenden Blick sich ergibt, ist der verständlichste Ausdruck gefunden. Diese Kunst ist wirklich so plausibel, daß sie unmittelbar, ohne Züftelei, von jedem erlebt werden kann, daß sie jedem die Geschichte des Unrechts, der Ausbeutung, die immerzu dicht bei uns geschieht, in seiner Mundart erzählt. Mit ganz wenig Mitteln, in der Quintessenz erfasst, aber doch in ihrer ganzen Fülle vorhanden, steht jegliche Einzelheit allmählicher Szenenerie und Situation auf dem Papier: Der Raum einer „Vierquelle“ durch die große Fensterscheibe gesehen, das Sigen der Gäste, lärmliche Kummelsohreste, die Latte hinter der Hofmauer und am Wege das Spitzsche einer weggeworfenen Matrosenspirale. Die ganze Staffage verdamnter Großstadtdiener, Sklaveregionen mit trostlosen Straßenüberführungen, Bahnhöfen, Iden Mietkasseln, die eingeschlossene Fenster, Risse in den Wänden, Fleck, wie von einer Krankheit, zeigen, und als Gegenstück dazu die kitschige Architektur der Villen mit dem erlogenen Fassadenkrisma und Tümpelgeprop. Zwischen diesen Kulissen dann die Akteure: die Orgie der Ausbeuter, die dumpe Gefangenschaft, das Resignieren und die Not der Ausgemergelten und Bedrückten. Das Schreien der Arbeiter morgens zur Fabrik, abends ihr Trost nach Hause, in vielfältigsten Klängen bis zu dem Tapp, der sich an seine fromm gewöhnte, sie in Ordnung findet, ja sogar sich befriedigt macht. Inoffen, Kriegskruppel, Händler, eingeschuldet immer vom stumpfsinnigen Patronenwortschritt des Cipodius, und der schielende Blick eines „Grünen“ hinterm randa- lierenden Betrunknen her ist ebenso in seinem Wesen ein für alle Mal festgehalten, wie der gleich niederdrückende aus dem Schminke eines Lust-Jünglings, wie die Strenge eines Nuttemoffen, das Bärenmaul eines Offiziers mit Mittenmappe. Und zwischen dem ganzen Auftrieb von Ditt-in, Opfern, Kreibentern, Schweißfliegen, Schleppern und Zuhältern des Systems haßt der wirkliche, entzündend unge- fällige Dadel und steht diabolisch.

Max Herrmann (Reife).

Kleine Chronik.

Die ägyptischen Ausgrabungen.

Der Berichterstatter eines englischen Blattes, der Zutritt zu den ausgedehnten Schatzkammern von Tut- sor gefunden hat, berichtet darüber allerlei neue Einzelheiten. Der Anblick der Räume, die jetzt mit kräftigen Lampen erleuchtet sind, benimmt dem Besucher den Atem. Es sieht sehr, unabhängig davon, ob die noch nicht geöffnete innere Kammer den Sarkophag und die Mumie enthält, oder ob dies nicht der Fall ist, unangenehm fest, daß es sich um das Grab des Tutankhamen handelt. Es ist das einzige Pharaonengrab, das man in seinem ursprünglichen Zustand hat ausdecken können, und wenn es tatsächlich schon einmal von Räubern besucht worden sein sollte, so haben diese auf jeden Fall wenig Schaden angerichtet. Das Grab des Tutankhamen ist auch die einzige Pharaonengrabstätte von Bedeutung, die nach den Ausgrabungen des Amerikaners Daviers in den Jahren 1905 und 1906 noch übrig war. Daß man sie überhaupt fand, ist sehr merkwürdig, denn die spätere Zeit scheint nichts von der Lage des Grabes gewußt zu haben, da man bei der Errichtung des Grabes von Ramses VI. zweieinhalb Jahrhunderte später, Erde und Fels so herauswarf, daß sie das Grab des Tutankhamen zudeckten.

Die lebensgroßen Statuen des Königs sind besonders bemerkenswert durch die Schönheit der Gesichtszüge. Die Fäße der zwei Statuen, welche die zu der inneren Kammer führende Tür bewachen, stehen in großen Pantoffeln von reinem Gold und ruhen auf Rohrmatten, gerade so wie es der König in seinem Palast tat, und wie es der Ritus für das Königsgrab vorschreibt. Dies ist schon an sich ein hinreichender Beweis, daß es sich bei der Kammer um das Grab selbst handelt. Zu den herrlichsten Funden gehört auch die Kiste mit Gewändern aus durchscheinenden Geweben, die wie sich jetzt herausstellt, nicht dem König, sondern der Königin gehört haben. Au Kunstwert können sich mit dem Thron und den Kisten die aus Ebenholz gearbeiteten Stäbe wohl vergleichen, von denen man noch nicht weiß, ob es sich um Kommandostäbe oder um Spazierstöcke handelt. Die Goldsilberarbeiten, die sie ziert, ist von höchster Qualität. Sehr wichtig sind auch die drei Lampen, weil sie die Innenbeleuchtung, die unter den Pharaonen üblich war, in bisher noch nicht gekannter Weise verdeutlichen. Die Ständer sind aus fein ornamentierter Bronze, die Leuchte aus fest gedrehtem, abgetränktem Leinen. Eine der neuen Entdeckungen, die sich aus der näheren Beschäftigung ergeben, ist die, daß mehrere der Gegenstände Symbole sowohl des alten wie des zu jener Zeit einwirkenden Kultus zeigen. Nach Carters Ansicht bedarf es noch einer näheren Untersuchung, um zu erklären, wie es kam, daß der König den fanatischen Priestern der neuen Ammonreligion zum Trotz die alten Sinnbilder beibehalten konnte. Die inneren Räume sollen gegen Ende des Monats Jänner erschlossen werden.

Es ist jetzt übrigens festgesetzt, daß das Gebiet, in dem Lord Carnarvon und Carter ihre Ausgrabungen gemacht haben, besonderen Bestimmungen unterliegt, und daß das Ministerium der öffentlichen Arbeiten angeht, das Reichsamt dieser Zone an Vertretern dem Lord die Grabungen nur unter dem ausdrücklichen Vorbehalt des alleinigen Eigentumsrechts der ägyptischen Regierung gestattet hat. Die Funde werden also dem Museum in Kairo zugeführt werden.

Lord Carnarvon ist dieser Tage vom englischen Königspar empfängt worden, dem er eine ausführliche Beschreibung seiner Entdeckung gegeben hat. Der Zustrom von Reisenden nach Ägypten ist sehr groß, und da man erwartet, daß er, wenn die Funde erst allgemein zugänglich sein werden, noch wachsen wird, so hat die ägyptische Regierung amtlich erklären lassen, daß im ganzen Lande unbedingte Ruhe herrscht, und daß die Behörden alles getan haben, um den Touristen den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen.

Kostspielige Orthographie. Wir haben zwar bereits aus unserer Rechtschreibung eine große Menge von Buchstaben herausgeworfen, die ganz überflüssig sind, aber noch immer schleppt unsere Orthographie und noch mehr unsere Aussprache allerlei neue Einzelheiten. Der Anblick der Räume, die jetzt mit kräftigen Lampen erleuchtet sind, benimmt dem Besucher den Atem. Es sieht sehr, unabhängig davon, ob die noch nicht geöffnete innere Kammer den Sarkophag und die Mumie enthält, oder ob dies nicht der Fall ist, unangenehm fest, daß es sich um das Grab des Tutankhamen handelt. Es ist das einzige Pharaonengrab, das man in seinem ursprünglichen Zustand hat ausdecken können, und wenn es tatsächlich schon einmal von Räubern besucht worden sein sollte, so haben diese auf jeden Fall wenig Schaden angerichtet. Das Grab des Tutankhamen ist auch die einzige Pharaonengrabstätte von Bedeutung, die nach den Ausgrabungen des Amerikaners Daviers in den Jahren 1905 und 1906 noch übrig war. Daß man sie überhaupt fand, ist sehr merkwürdig, denn die spätere Zeit scheint nichts von der Lage des Grabes gewußt zu haben, da man bei der Errichtung des Grabes von Ramses VI. zweieinhalb Jahrhunderte später, Erde und Fels so herauswarf, daß sie das Grab des Tutankhamen zudeckten.

Wund Sterling im Jahre ausmacht. Der Raum, der von den überflüssigen Zeichen eingenommen wird, bedeckt eine Papiermenge von 25 Millionen Franken in Frankreich und von vier Millionen Pfund Sterling in England.

Schiene im Wasser. Der Kongostrom war bisher wegen der Stromschnellen, die den Fluß an vielen Stellen wie Barrieren unterbrechen, außerordentlich schwer schiffbar. Zwar können Dampfer etwa 180 Kilometer von der Mündung bis nach Matadi hinauffahren, dann folgt aber eine Strecke von mehr als 300 Kilometern Länge, auf der bis jetzt eine Schifffahrt größeren Maßstabs vollkommen unmöglich war. Man umging daher diesen unpassierbaren Teil durch eine Schmalspurbahn, die von Matadi nach Leopoldville führte, wobei aber ein zweimaliges Umladen nötig war. Auch ist die Bahn selbst für den Gütertransport wenig leistungsfähig. Von da an sind jedoch wieder über 100 Kilometer weit große Hindernisse, die durch eine zweite Schmalspurbahn nach Babundu umgangen werden. Die Hermann Krauß in den „Sozialistischen Monatsheften“ ausführlich, sind in letzter Zeit auf den Kanälen in der Umgegend von Antwerpen umfangreiche Versuche angestellt worden, um das Befahren von Stromschnellen mit Schiffen zu ermöglichen. Das Verfahren, das hierbei eingeschlagen wird, besteht in dem Bau eines einfachen Gleises im Wasser: quer durch die Stromschnellen. Diese Art Einschienenbahn gibt den Schiffen im Wasser eine Führung, ähnlich wie bei den Eisenbahnhöfen. Die Dampfer brauchen allerdings für diesen Schienenweg im Wasser einige bauliche Veränderungen; sie werden nämlich paarweise gekoppelt und haben außer den Schrauben noch Radräder; die Schiene ist ebenfalls gezahnt. Man hofft, daß sich dieses auf den belgischen Kanälen erprobte Verfahren auch im großen bei der Kongo-Schifffahrt bewähren wird.

Mieterrück in alter Zeit. Die Wohnungsnot und die zu ihrer Beseitigung getroffenen gesetzlichen Maßnahmen sind durchaus nicht, wie man glauben könnte, eine Erscheinung der Nachkriegszeit. Schon in Phönizien und im fernem Orient muß der Bodenwert sehr hoch gewesen sein, sonst hätte man sich wohl kaum dazu entschlossen, Häuser von fünf und sechs Stockwerken zu bauen. Besonders salinn war es aber im Rom der Kaiserzeit, da hier aus allen Teilen der Welt Menschen zusammenströmten, die man nicht unterbringen konnte, weil bei dem Fehlen von Verkehrsmitteln die Peripherie der Stadt nicht in den Bebauungsplan eingeschlossen werden konnte. Die Folge davon war, daß die Mieten ins ungeheure stiegen und daß das Volk zu murren begann. Im Jahre 48 erließ deshalb der Prätor Marcus Caesius Rufus ein Gesetz, das zur großen Freude der hart bedrückten Mieter diesen die Miete eines Jahres erließ. Dieses Jugeländnis wurde in der Folge von Caesar und Octavian für Wohnungen erneuert, deren Mietpreis 2000 Sesterzen in großen und fünf Sesterzen in kleinen Städten nicht überstieg. Wie schlimm die Verhältnisse waren, geht auch daraus hervor, daß man sich beim Ausbau des Forums Beschränkungen auferlegen mußte, um die mit ungeheuren Kosten verbundene Enteignung der benachbarten Häuser zu vermeiden. Auch die Festsetzung von Höchstmieten ist eine schon in alter Zeit geübte Maßnahme. In dieser Beziehung gingen insbesondere die früheren Päpste radikal vor. Papst Alexander der Achte verordnete beispielsweise, daß nach drei Monaten Aufenthalt in einer Wohnung der Mietpreis herabgesetzt werden müsse. Auch die Päpste Paul der Zweite, Julius der Zweite und Paul der Dritte suchten der Habgier der Hauswirte einen Riegel vorzuschieben, und Leo der Erste verbot im Jahre 1824 den Eigentümern, ganz gleich wie die Mietverträge lauteten, die Mieter auf die Straße zu setzen, welcher Verfallnisse sie sich auch schuldig gemacht haben mochten.

Copyright 1922 by Des Wall-Verlag, Berlin-Görlitz.

Man nennt mich Zimmermann.

Roman von Upton Sinclair. (42) Autor. Uebersetzung von Hermyna zur Mühlen.

49. I. S. hatte ebenfalls etwas mitgebracht: eine Erdbeertorte, fast halb so groß wie er selbst, und einige Flaschen von purpurroter Farbe, die der Tante nach Traubensaft enthielten. Da diese Flaschen geöffnet wurden, machten sie einen verdächtigen Lärm, und wir lachten alle, wie Leute in diesen Tagen des Alkoholverbots bei solchen Anlässen zu lachen pflegen. Ich bemerkte, daß Zimmermann mitlachte und sich über das ganze kleine Fest zu freuen schien. Das Schicksal hatte mich neben James gesetzt und ich mußte weiter asthetische Reden anhören. „Er dürfte nicht solche Dinge tun. Die Leute werden sagen, er liebt schmackhafte Speisen und sei ein Trinker. Das ist schlecht für die Bewegung.“ „Trösten Sie sich, mein Freund“, lachte ich. „Sicherlich feiern sogar die Volkshewerke hin und wieder ein Fest.“ „Sie werden sehen, was die Zeitungen morgen daraus machen werden.“ brummte er. „Dann werden Sie es nicht mehr drohlich finden.“ „Wissen Sie's gut sein, es sind ja keine Reporter hier.“ „Nein, aber sicherlich Spitzel. Deutzutage sind überall Spitzel. Sie werden sehen.“ Zimmermann hat die Anwesenden, Reden zu halten. Bartholomäus möge über die Arbeitslosen sprechen, erklären, was deren Organisation tue, was ihre Pläne seien. Und dann hat er John Colver, der zu seiner Rechten saß, einige seiner Gedichte vorzutragen. John und sein Freund Philipp, ein blaunügeliger, sommersprossiger Bursche,

der ausfah, als komme er eben vom Gymnasium, erzählten Abenteuer aus dem Leben der vogelfreien Agitatoren. Seit ellißen Monaten arbeiteten die beiden in Holzschlägerlagern und Bergwerken, versammelten heimlich in den Wäldern die Arbeiter, predigten ihnen das neue Evangelium der Befreiung. Die Arbeitgeber waren im ganzen Land organisiert, die Arbeiter mit ihren schwachen Gewerkschaften waren wie Menschen, die mit Pfeil und Bogen gegen Maschinengewehre vorgehen. Eine große Gewerkschaft, das war das Lösungswort, und wenn man es verkündete, so konnte man jede Stunde ein Schicksal erwarten, mit dem verglichen vierzehn Jahre Zuchthaus als günstig ged Ende erschienen. Zimmermann meinte: „Es schadet einer Sache nicht, wenn ihre Verkünder ins Gefängnis geworfen werden.“ „Ja“, lachte der blaunügelige Bursche, „Doch versuchen wir immer, einige draußen zu behalten, damit sie erzählen können, weshalb die anderen eingesperrt sind.“ Später erzählte John Colver eine drohliche Geschichte über seinen Freund. Die Erzählung hatte weniger mit Propaganda als mit Traubensaft zu tun, doch gefiel sie mir, weil sie ein Beweis für den Frohsinn dieser Leute war. Sie hatten beide während eines Sturmes in einer Scheune Zuflucht gesucht, lagen im Heu vergraben, während der Regen niederprasselte. Da vernahmnen sie, wie der Bauer kam, um seine Kühe zu melken. Der Mann schien eben mit seiner Frau gestritten und nicht gewagt zu haben, seine Meinung zu sagen; nun ließ er seine Rut an den Kühen aus. „Na, na, na!“, brüllte er wütend. „So ist's recht. Nach nur so weiter, Zimmer murren! Schweige ja nicht, sonst könnte ja auch ich ein Wort sagen. Ja, natürlich komme ich spät. Soll ich etwa nach der Uhr fahren? Vielleicht habe ich tatsächlich den Jüder vergessen! Vielleicht habe ich an nichts anderes zu denken, als an deine Aufträge. Whisky? Vielleicht war es Whisky, vielleicht Schnaps, viel-

leicht aber Traubensaft!“ Der Bauer setzte den Meißel nieder, drohte den geduldbigen Kühen mit der Faust: „Ich bin ein Mann, ja das bin ich, und ich werde dir zeigen, daß ich der Herr im Hause bin. Ich werde trinken, wann es mir beliebt, werde mit den Nachbarn plaudern, wann es mir beliebt, werde Jüder kaufen, wenn ich nicht darauf verzeihe, und wenn dir das nicht paßt, so kannst du ihn selbst kaufen!“ Und so ging es weiter. der Bauer wurde immer beredter, vielleicht von der eigenen Energie, vielleicht von Traubensaft inspiriert — bis der junge Philipp, alle Vorsicht vergebend, aus dem Heu aufsprang und rief: „Bravo, mein Alter. Halten Sie sich an Ihr Recht! Lassen Sie sich nicht von der Frau unterwerfen! Hurra!“ Der verblüffte Bauer verhartete regungslos mit weit offenem Munde, und die beiden J. W. W.'s flohen aus der Scheune, von Lachen geschüttelt, so daß sie kaum merkten, wie der Regen auf sie niederpeitschte.

50. Doch wurde die kleine Gesellschaft bald wieder ernst. Zimmermann sagte zu Colver, er solle nicht hier bleiben, er, Zimmermann, habe sich allzu auffällig benommen, werde sicherlich beobachtet. Rortwily stimmte ihm bei; auch hier sind bestimmt Spitzel. Niemand würden die Leute ihn unbedacht lassen, würden unentwegt versuchen, ihn in etwas zu verwickeln, und wenn dies nicht gelänge, so würden sie etwas erfinden. Zimmermann fragte, was er damit sagen wolle, erwiderte er: „Man wird an dem Ort, wo Sie sich aufhalten, Dynamit verstopfen, oder Briefe fälschen, die beweisen, daß Sie einen Ge- Der Prophet sprach: „Ein Mensch muß so leben, daß die Welt ihn und nicht seinen Feinden glaubt.“ Dann fügte er die seltsamen Worte hinzu: „Einer unter euch wird mich verraten.“ Natürlich blühten alle einander bestritzt an,

riefen: „Genosse! Bruder! Kamerad!“ wie sie ihn verschiedentlich nannten. „Bin ich es?“ Und der kräftig gebaute Hamby, der sich als Pazifist ausgab, fragte ebenfalls: „Bin ich es?“ Und Zimmermann erwiderte: „Du sagst es.“ Selbstverständlich schneitete alle auf und wollten Hamby fortjagen. Zimmermann jedoch gebot ihnen, sich wieder zu setzen, sagend: „Lasset den Dingen ihren Lauf, denn die Mächte der Welt werden rascher vernichtet, wenn man ihnen gestattet, sich selbst zu töten.“ Anscheinend fand er, es sei kein Grund vorhanden, das Fest zu stören. Marx Magna kam lachend herein, stellte die Erdbeertorte auf den Tisch und begann sie zu verteilen. Da sie alle bedient hatte, sprach Zimmermann: „Ich werde nicht mehr lange bei euch weilen, meine Freunde, doch werdet ihr meiner gedenken, so oft ihr diese schöne rote Frucht sehet, und ihr werdet an mich und an meine Volkshaft denken, so oft ihr köstlichen purpurnen Traubensaft trinkt, der vielleicht zwei Tage zu lange in der Flasche geblieben ist.“ Einige lachten, aber andere hatten Tränen in den Augen, und ich bemerkte, daß sich Hamby erhob und aus dem Zimmer ging. Bald darauf zerstreuten sich auch die übrigen. Martin erklärte, seine alte Mähre habe den ganzen Tag gearbeitet und noch kein Futter bekommen. Colver schien sich beunruhigt zu fühlen, nicht feinetwegen, sondern wegen seines Freundes; er stürzte auf, sobald sich die Tür öffnete. I. S. und Mary gingen, um einer Nachtaufnahme beizuwohnen. Schließlich schickte Zimmermann auch die übrigen fort, mit der Bemerkung, er wolle sich in Abells Bureau zurückziehen, um zu beten. Abell, Lynch und der junge Mexicaner erklärten, sie würden draußen auf ihn warten. Die anderen gingen, das Herz voller Sorgen undummer. (Fortsetzung folgt.)

Ein auferstandenes Volk. Man hat bisher die Affärer und Chaldäer für untergegangene Völker angesehen, die längst nur noch der Geschichte angehören. Das Schlagwort von der Selbstbestimmung der Völker, das so manche merkwürdige Erscheinung hervorgerufen hat, scheint auch diese Völker zu neuem Leben erweckt zu haben. Der beständige Streit der Großmächte um Mosul und die ihm zugrunde liegenden materiellen Interessen dürfte allerdings an diesem Wunder nicht ganz unbeteiligt sein. Wie die englischen Mächte melden, ist nämlich jetzt in Lausanne auch eine assyro-chaldäische Delegation eingetroffen, die vor der Konferenz ihre Unabhängigkeitswünsche vortragen und sich einer Rückgabe Mosuls an die Türken widersetzen will. In den Denkschriften dieser Affärer und Chaldäer sind folgende Grundzüge zum Ausdruck gebracht: 1. Die türkische Sprache ist im Gebiet von Mosul vollständig unbekannt. 2. Türkische Elemente fehlen dort vollkommen. 3. Die Türken sind völlig unfähig, Ordnung und Frieden im Lande wiederherzustellen, und werden es auch bleiben; folglich ist es unmöglich, daß unter der Herrschaft der Türken die Gegend Gewinn in Ruhe vor sich geben kann. 4. Das Gebiet von Mosul ist ganz und gar assyrisch, a) durch seine Geschichte, wie die Ruinen Ninives, der Hauptstadt des alten assyrischen Reiches beweisen, b) durch seine Sprache und die Abstammung der gegenwärtigen Einwohner in ihrer Mehrheit, c) durch die vollständige Unabhängigkeit, deren sich auch schon vor dem Kriege die Affärer in den gebirgigen Teilen des Landes erfreuten, d) durch die Tatsache, daß 6000 bewaffnete Affärer das Gebiet verteidigen und für Ordnung sorgen. Die Delegation vertraut auf die Versprechungen der Alliierten und die Gerechtigkeit ihrer Sache und verspricht dagegen, den Grundsatz der offenen Tür aufrechtzuerhalten und den wirtschaftlichen Interessen der Alliierten und der anderen befreundeten Mächte zu dienen.

Hochofenunglück in Bochum. In der Hochofenanlage des Bochumer Gußstahlvereins hat sich ein furchtbares Unglück ereignet. An der Gicht eines neuen Ofens war eine Undichtigkeit entstanden, die abgedichtet worden war. Infolge eines mißverständlichen Signals führten drei Arbeiter mit einer Ladung Koks in die Gicht. Sie sind bei lebendigem Leibe verbrannt, so daß ihre Leichen nicht geborgen werden konnten.

Explosionskatastrophe bei Triest. Das meldet: Durch eine bei der Abmontierung österreichischer Granaten erfolgte Explosion wurde das alte Festungswerk Tagliata vernichtet. Sieben Arbeiter und ein Soldat wurden unter den Trümmern begraben.

Tod in den Meerestiefen. Wie von der Marinestation Kiel mitgeteilt wird, ist der Vergungsdampfer „Antra“ auf der Fahrt von Flensburg nach Kiel verloren gegangen. An Bord des Fahrzeuges befanden sich zwei Unteroffiziere und zehn Mann. Da alles Absuchen der Ostsee mit Torpedobooten vergeblich war und an der dänischen Küste die Leiche eines Matrosen und verschleierte Wrackstücke angetrieben wurden, ist an dem U-

tergang des Schiffes und dem Tod der Besatzung kaum noch zu zweifeln.

Revolverattentat in Kairo. Reuter berichtet aus Kairo Revolverattentat durch Eingeborene auf zwei britische Unterthanen, von denen der eine, ein Professor der Rechte, getötet wurde.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Eine tschechisch-rumänische Gründung. Die Cesta prumyslova banka hat zusammen mit einer englischen Firma und einer Gruppe rumänischer Industrieller die Ausgestaltung der Banca Anglo-Romana übernommen und beteiligt sich an der Erhöhung des Aktienkapitals der genannten Bank von zehn auf fünfzig Millionen Lei. Der Präsident der so umgewandelten Bank wird ein Tscheche.

Das Genter System. Wie die „Nat. List“ erfahren, beabsichtigt die Regierung in aller nächster Zeit bei Auszahlung der Arbeitslosenunterstützungen das sogenannte Genter System einzuführen. Zu allererst soll dieselbe im Buchdrucker- und Verlagswesen eingeführt werden. Auf den anderen Gebieten würde sie später eingeführt werden. Das Recht auf Auszahlung der Unterstützungen wird allen Organisationen erteilt ohne Unterschied der politischen Zugehörigkeit. Dort, wo die Gewerkschaftsorganisationen eine Zentrale haben, erfolgt die Auszahlung durch Vermittlung der Zentrale.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

München	100	Schw. Frank	16'40.00
Berlin	100	Mark	238.40
Wien	100	Schek. Kr.	0000'00.00

Prager Kurse.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1272.00	1276.00
100 Mark	0'40.00	0'30.00
100 schweiz. Frank	60'75	608.25
100 Lire	162.00	163.50
100 franz. Frank	297.75	299.25
1 Pfund Sterling	147.50	149.00
1 Dollar	31'80.10	32'20.00
100 belg. Frank	207.25	208.75
100 Dinar	3'75	4.25
100 österr. Kronen	0'04.45	0'04.95
100 poln. Mark	0'19.00	0'24.00
100 ungar. Kronen	1'38.00	1'46.00

Züricher Schlußkurse.

Berlin	100	Paris	100
Wien	100	Konstantinopel	100
Prag	100	Belgrad	100
Sofia	100	Warschau	100
New York	100	London	100

Gerichtssaal.

Der betrunkene Nachtwächter.

Prag, 28. Dezember. Der Maurer Franz Chmel ist Nachtwächter beim tschechischen Kinderhospital in Prag. Natürlich hat ihm die Spitalsverwaltung auch einen Revolver für seinen Dienst zur Verfügung gestellt, den er im Dienste bei sich tragen muß. Chmel war ein guter Nachtwächter. Nur trank er manchmal einige Gläschen Schnaps, wenn er zum Nachtdienst ging und das war nicht gut. Denn einerseits war er dann während seines Dienstes etwas schlaftrig, andererseits bedachte er dann nicht, daß er seine Waffe nur in gewissen Fällen gebrauchen dürfe. So hatte Chmel auch am 7. November einige Gläschen getrunken, bevor er sich spät abends auf den Weg zum Kinderhospital begab. An einer Straßenecke sah eine Kinderchar den Nachtwächter, der infolge Schnapsgenusses einen etwas unsicheren Gang hatte. Einer der Jungen, Jaroslav Dolejs, rief dem Vorübergehenden zu „Jalkou pisej?“ (Was für einen (Schnaps) trinkst du?) Chmel geriet über diesen Zuruf in Zorn, zog seinen Revolver aus der Tasche und feuerte ihn gegen die Jungen ab. Der Schuß traf den Bohumil Komed in die rechte Wade und verletzte ihn leicht. Wegen Chmel wurde wegen des Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens und wegen Ueberschreitung des Waffengesetzes die Strafanzeige erstattet. Vor dem Einzelrichter, ODBA. Dobromil Soudek, verurteilte sich der Angeklagte heute dahin, daß er betrunken gewesen sei und daß er sich durch die Jungen, die ihn gestoßen hatten, bedroht gefühlt habe. Chmel wurde noch durchgeführter Verhandlung zu 14 Tagen Kerker und 20 K Geldstrafe verurteilt. Die Beurteilung erfolgte unbeding.

Die „Trianon“-Filmgesellschaft.

Prag, 28. Dezember. Vor einem Straffenat beim Prager Landesgericht unter Vorsitz des ODBA. Pelekci hatte sich heute der Filmbesitzer Kozal wegen Betruges zu verantworten. Kozal ist der Gründer der Filmgesellschaft „Trianon“ und „Nova scena“. Die Gründung dieser Gesellschaften geschah jedoch ohne behördliche Bewilligung. Kozal gründete ohne jedwede materielle und rechtliche Grundlagen diese Gesellschaften und versuchte erst nach deren Gründung, sich auf alle mögliche Weise Geld zu verschaffen. So veranstaltete er einen Filmabend im „Koloto“, sorgte für eine wirkungsvolle Reklame, jedoch ohne etwas zu bezahlen. Auch nahm er einen Kolporteur, einen Kassier und noch verschiedene andere Leute in seine Dienste und ließ sich von ihnen Kautionen bezahlen. Auf diese Weise betrug er eine ganze Reihe von Personen um insgesamt 7000 K; beispielsweise ließ er sich von seinem Kassier 2000 K Kaution bezahlen. Endlich kam der ganze Schwindel auf und Kozal wurde verhaftet. Der Gerichtshof verurteilte ihn heute zu vier Monaten schweren Kerkers.

Falsche Dollar-Noten.

Prag, 28. Dezember. Cyrill Gladil und Leopoldine Bacel, beide aus Wien, machten sich den

Umstand zu Nutzen, daß viele Leute in der Sucht, sich hochwertige Valuten zu verschaffen, nicht darauf achten, ob die Banknoten auch tatsächlich noch gültig seien. Gladil verschaffte sich aus Wien vier 50 Dollar Scheine. Die Bacel ging dann in Geschäfte einkaufen und bekam die Dollarnoten gerne umgetauscht. So schädigten die beiden den Kaufmann Alois Kalina in Prag-Weinberge um 1440 K, den Kaufmann Max Scharf um 1400 K und den Kaufmann Wenzel Školdopole um 1168 K. Bei der heutigen Verhandlung schoben die Angeklagten einander die Schuld zu. Gladil wurde zu vier Monaten, die Bacel zu sechs Monaten Kerker verurteilt.

Aus dem Prager Schwurgericht.

Prag, 28. Dezember. Am 18. Jänner beginnt vor dem Prager Schwurgericht die auf zwei Tage anberaumte Verhandlung gegen den Sektionschef Katolich und seinem Sohn. Katolich hat sich, wie noch erinnerlich sein dürfte, eine ganze Reihe schwerer Mißbräuche der Amtsgewalt und Betrügereien zuschulden kommen lassen. — Mit diesem Prozesse schließt die Dezember-Schwurgerichtsperiode beim Prager Landesgericht. Im Jänner findet noch, wie bereits gemeldet, am 8. der Prozeß gegen den Abg. Dr. Baran und gegen den Juristen Schwabst, weiters wird sich vor den Geschworenen auch Max Lorenz wegen einer Mordaffäre in Sachsen zu verantworten haben. Den Vorsitz in der Verhandlung gegen Lorenz führt ODBA. Dr. Vondraček, im Katolich-Prozeß ODBA. Dr. Vondraček.

Rein und Weis.

Silvester-Nachvorstellung „Er und seine Schwester“ — Gastspiel Burian. Im Rahmen der Silvester-Nachvorstellung der lustigen Gefangnisse „Er und seine Schwester“ von Bernhard Buchbinder werden als Gäste außerdem mitwirken: der populäre Prager Komiker Vlastimil Burian, der zum erstenmal in Prag die deutsche Bühne betritt, die Primaballerina des Balletts Charell-Berlin Senta Born mit ihrem durchwegs neuen Tanzprogramm und ein erstklassiges mondaines Tanzpaar. Beginn 10 Uhr. Kartenvorverkauf an der Tageskasse.

Silvester- und Neujahr-Programm. Sonntag nachmittags und Montag nachmittags halb 3 Uhr das neue Kindermärchen „Schneewittchen“, Sonntag abends die Lehar-Operette „Der Graf von Luxemburg“ in neuer Fassung, 10 Uhr Nachvorstellung die unverwundliche Gefangnisse „Er und seine Schwester“. Montag abends die Kallman-Operette „Tajadere“. — Kleine Bühne: Sonntag nachmittags „Die Pfarrhauskomödie“, abends 7 Uhr Gastspiel Pepi Glöckner-Kramer „Die Präsidentin“, 10 Uhr Nachvorstellung Premiere der neuen französischen Komödie „Rufschell“ mit Berta Rohde von den Münchener Kammeropern in der tragenden weiblichen Hauptrolle der Charlotte. Montag abends halb 8 Uhr Gastspiel Blanche Dergan in der neuen erfolgreichen Komödie „Marissas halbes Herz“.

Neues Theater. Heute, Freitag, „Lohengrin“; Samstag die Operettenneuheit „Frasquita“.

Kleine Bühne. Heute keine Vorstellung. Sonntag Gastspiel Leopold Kramer „Der Dieb“.



Für jede Küche! Die neuen Rezeptbücher umsonst und portofrei zur Verfügung. Man schreibe eine Postkarte an **Dr. OETKER'S Backpulverwerke, Brünn**

Neben unserem vielbewährten Oetkers Backpulver „Backin“ und Oetkers Vanillinzucker sind wieder zu haben: **Oetkers Puddingpulver** Zusatz mit Vanillin-, Mandel- u. Schokolade-Geschmack, **Oetkers Hausnatron**, **Oetkers Regina-Speisegeleatine** weiss und rot

Wo nicht erhältlich, bestelle man direkt bei der Fabrik.

Turnen und Sport.

Stollen gegen Deutschland. Nachdem Raß und Riegel infolge Verletzungen ersetzt werden müssen und Seiderer zur Abbuße einer Disqualifikation von vier Wochen verurteilt wurde, hat die deutsche Elf, welche am 1. Jänner in Mailand der italienischen Nationalelf gegenübertritt, folgendes Aussehen: Stuhlfant (I. FC. N.), Müller (SpV. Fürth), Augler (I. FC. N.), Hagen, Lang (SpV. Fürth), Schmidt (I. FC. N.), Wunderlich, Franz (Kickers Stuttgart), Wiedler (SpV. Fürth), Träg Sutor (I. FC. N.). — Die Spieler des 1. FC. Nürnberg treten von dort aus gleich ihre zweite große Spontantour an, die zirka fünf Wochen in Anspruch nimmt und folgende Begegnungen verzeichnet: 6., 7. Jänner gegen FC. Barcelona, 13., 14. Jänner gegen FC. Madrid, 19., 20. Jänner gegen FC. Sevilla, 27., 28. Jänner gegen FC. Valencia. (Meldung der „Pr. Pr.“)

Die Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad

unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art **Literatur.**

Alle nicht lagernden oder wo immer angefundigten Bücher und Zeitschriften werden raschest geliefert.

Hausfrauen!

Achtung auf die neue Packung der bekannten **VISAN - MARGARINE:**

Ein Versuch mit dieser Ware überzeugt daß Visan der besten Butter völlig gleichwertig ist. Visan schmeckt wie Butter, ist genau wie Butter zu verwenden, ebenso ergiebig, kostet aber nur das halbe Geld.

Rechtshilfe. Das erste Berliner Palen sportfest, das am 6. und 7. Jänner in Berlin stattfindet, brachte ein Rekord-Rennungsergebnis; für die 26 Wettbewerbe sind zirka 1500 Rennungen von Berliner Vereinen und 157 Meldungen von auswärtig eingelangt. Am stärksten besetzt ist das Schmal-Meter-Malllaufen mit 104 Teilnehmern; unter der großen Anzahl der Meldungen sind folgende von Bedeutung: Söhngen (Frankfurt), Friedrich und Fetz (Leipzig), Dinder, Jirpel, Sacher und Bormann (Berlin), Trophach (Frankfurt), Felzer (Stettin), Schellens (Berlin), Lanterbach (Leipzig), Langtufsa und Kibbert (Berlin), Bedarff (Frankfurt), Diekmann (Hannover), Tschaber (Dresden), Friede (Hannover), Schumacher (Hamburg). (Sp.-Tgl.-Wien.)

Motorischer Ausflug bei einem Segelflieger. Der bekannte deutsche Segelflieger Wolfgang Kempfer, der schon im Vorjahre die ersten gelungenen kurzen Segelflüge zustande brachte, will jetzt einen neuen Apparat mit einem kleinen Motor ausstellen, der nur dazu dient, der Maschine den nötigen Aufschwung zu erteilen, worauf, wie der Konstrukteur hofft, der reine Segelflug für unbestimmte Zeit einsetzen kann. Bisher mußte dieser Aufstieg durch menschliche Muskelkraft bewirkt werden. Herr Kempfer glaubt, daß durch die Unterstützung eines kleinen Motors beim Aufstieg ein weiterer Schritt in der Verbesserung der Segelflugzeuge getan werden könne.

Aus der Arbeiterbewegung.

Das Chaos in der französischen kommunistischen Partei. Aus der kommunistischen Partei Frankreichs werden die Führer der Reiche nach ausgeschlossen. Jetzt hat der Ausschluß den leitenden Sekretär der Partei Soutif betroffen, weil er eine Kampagne „gehässiger Verleumdungen gegen die Sowjetrepublik, gegen die kommunistische Internationale und gegen gewisse Mitglieder der französischen Partei führte“. Soutif beruft sich darauf, daß er seinem Unmut über die Zustände in der Partei nur in Privatgesprächen Luft gemacht habe. Diesen Grund ließ aber die Parteileitung nicht gelten und schloß ihren Sekretär aus. Gleichzeitig mit ihm wurde der Abg. Rabi ausgeschlossen, der sich mit früher ausgeschlossenen Parteimitgliedern solidarisch erklärt hatte. Die Ausgeschlossenen haben eine eigene Partei gegründet, die sich sozialistische Föderation nennt und die 21 Bedingungen Moskaus ablehnt. Vermutlich ist die neue Partei der Uebergang der Ausgeschlossenen zum Wiedereintritt in die alte Partei. Interessant ist auch, daß sich die Mitglieder der kommunistischen Partei dem Moskauer Beschluß auf Austritt aus den Freimaurerlogen nicht fügen wollen. Die sauberen Herrschaften wollen die Gemeinschaft, die sie in den Freimaurerlogen mit den bürgerlichen Intellektuellen verbindet, nicht aufgeben.

Bereinsnachrichten.

Touristenverein „Die Naturfreunde“ Prag, Samstag, 30. Dezember, Besprechung für das Sonntag- und Montag-Programm. — Generalsammlung im Jänner, besonders 1894

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: D. Holik.

Bio-Programm vom 28. Dezember bis 4. Jänner.

Lido-Bio 1243

Das maskierte Mädchen Lustspiel mit OSSI OSWALDA Naturaufnahme. Leitmeritz. Naturaufnahme. Einfall des Dr. Mar.fox. Lustspiel.

Wo verkehren wir?

Café Continental, Prag-Graben

Goldenes Kreuzel, Prag-Relajanta.

Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus Prag, Smetch 22 (Urania). 1000

Café „Nizza“ Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27. Unser Stammlokal.

Gastwirtschaft „Lidový dům“ der Genossenschaft „Ganymed“ Täglich PRAG II., Hyberská Konzert. Nr. 7.

Teplitz-Schönau. 1128

CAFÉ EUROPE Bahnhofstraße.